

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

# work

**Elly Schlein: So tickt Italiens neue Linken-Chefin.** Seiten 10-11



**Rüeger SA macht dicht**  
Was gilt eigentlich das Wort eines Economicsuisse-Vorstandsmitglieds? Seite 6

**Neues von der Daru-Wache**  
Jetzt auch noch Knatsch um Suva-Schuhe. Seite 8

**Hohe Mieten, tiefe Renten**  
SVP, FDP und GLP sind die radikalsten Anti-Sozialen. Seite 9

# So bunt

## war der 8. März!

# So farbig

## wird der 14. Juni!

Was am 8. März lief, was am 14. Juni kommt – und warum das alles dringend nötig ist.

Seiten 2-5, 13 und 18

# Hilfe, Selfie!

Manche können's, viele (ver)zweifeln: work weiss, wie es mit den digitalen Selbstbildnissen klappt. Seiten 14-15





**workedito**  
Anne-Sophie Zbinden

## MINI BIKINI

Fast 450 Kommentare in drei Tagen: so viel Aufruhr verursachte ein Artikel über einen Berliner Oben-ohne-Entscheid in der NZZ. Die Kommentare schwanken zwischen Belustigung und «selber schuld an der Belästigung».

### **Bedeckt oder unbedeckt, das Problem ist nicht der Körper der Frau.**

Der Entscheid der «Ombudsstelle der Landesstelle für Gleichbehandlung» – publiziert am Weltfrauentag – erlaubt das «Schwimmen mit

freiem Oberkörper» in ganz Berlin neu auch für weibliche Personen. Und: Ab sofort sei vom Bikinihöschen bis zum Burkini alles erlaubt. Zum Entscheid kam es nach einem Polizeieinsatz im Schwimmbad Kaulsdorf. Dort zog die Rettungsschwimmerin Lotte Mies oben ohne ihre Bahnen, bis die Polizei sie aus dem Becken holte und ihr die Schwimmbadordnungs-Leviten las. Worauf sich Mies abtrocknete und eine Diskriminierungsbeschwerde einreichte.

**ERSTAUNLICH.** Für einmal war Bern Berlin voraus. Schon seit 1987 dürfen Frauen in Berner Freibädern ihre Brust sinneln, sogar in Sichtweite des Bundeshauses. So richtig durchgesetzt hat sich das oberteilfreie Baden jedoch nie. Doch noch immer schlägt das Thema «Oben ohne» hohe Wogen. Und dies vor allem deshalb, weil es weder um Brüste noch um Bikini geht, sondern um Geschlechterrollen. Es geht darum, wer über den weiblichen Körper entscheidet. Es geht um Übersexualisierung, um den Frauenkörper als Objekt. Und darum, dass textilfreie Oberkörper nicht verantwortlich sind für Stielaugen, Betatschfinger und Gruselfilmer.

**WÜTEND.** Das Problem ist nicht der Körper der Frau, bedeckt oder unbedeckt. Sondern das, was unsere Gesellschaft daraus macht. Und zwar ganz konkret im Alltag vieler Frauen. Zum Beispiel im Gastgewerbe (Seiten 4 und 5). work hat mit 11 Gastro-Mitarbeiterinnen gesprochen, und die sind sich einig: Übergriffe und Belästigungen gehören in ihrem Job dazu. Sie werden bespuckt, betatscht und verbal belästigt. Kellnerin Carmen Ryser (25) berichtet über einen Gast, der «ein Kafi, ein Gipfeli – und dich gerne auch noch dazu» bestellte. Sie war sprachlos vor Wut. Oder Barkeeperin Jil Cavelti (27): Während sie in einer Bar im Zürcher Bankenviertel die Stehtische abräumte, fassten sie die Anzugträger an die Hüfte oder klopfen ihr auf den Hintern. Die Betrachtungsweise der Kellnerin als Sexobjekt hat System. Das zeigt die Aussage der Vorgesetzten in einer Bar. Bereits im Bewerbungsgespräch sagte sie zu Alba Diaz (24): «Für mehr Trinkgeld lohnt es sich, wenn du roten Lippenstift aufträgst und ein bisschen deine Brüste zeigst.»

**SKANDALÖS.** Der Branchenverband Gastro-suisse will von sexueller Belästigung im Gastgewerbe jedoch nichts wissen. Ihm seien keine Fälle bekannt, und er sehe auch keinen Handlungsbedarf. Wie denn auch, wenn Übergriffe und Belästigungen in vielen Betrieben schon fast zum Geschäftsmodell gehören. Und wie denn auch, wenn im neunköpfigen Vorstand nebst SVP-Frau Esther Friedli nur noch eine weitere Frau sitzt. Doch die Gastrobranche steht mit diesen skandalösen Zuständen leider nicht alleine da. Die Frau ist in viel zu vielen (Männer-)Augen auch 2023 noch immer ein Objekt, ob oben mit oder ohne.

# 14. Juni: Die Forderungen der Streikkollegative stehen Mehr Lohn, mehr Rente, mehr Elternzeit, mehr Schutz – jetzt!

**Die Vorbereitungen für den 14. Juni laufen auf Hochtouren. In Freiburg haben Streikkollegative aus der ganzen Schweiz ihre Forderungen aufgestellt. work war dabei.**

DARIJA KNEŽEVIĆ

Samstag, 4. März, 9.30 Uhr: Die Luft flimmert im Freiburger Ausgehlokal «FriSon». Über 250 Aktivistinnen aus der ganzen Schweiz haben sich hier versammelt – und sind Feuer und Flamme für den Frauenstreik am 14. Juni. Passend dazu das Logo: eine lila Flamme mit einer starken Faust. Der Slogan: «Auf zum feministischen Streik am 14. Juni!», «Ensemble vers la grève féministe!», «Verso lo sciopero femminista!».

### **GEBROCHENE VERSPRECHEN**

Von Genf über Basel bis Bellinzona sind sich die Streikkollegative einig: Es braucht jetzt einen weiteren Ruck in Sachen Gleichstellung.

So muss es beim Lohn endlich vorwärtsgehen. Gefordert werden die Verkürzung der Arbeitszeit, voller Lohnausgleich, bessere Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen in den sogenannten Frauenberufen. Explizit: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Ausserdem

### **Endlich Lohnkontrollen und Sanktionen!**

müsse das Gleichstellungsgesetz verschärft und bei Verstössen strenger durchgegriffen werden. Etwa mit echten Lohnkontrollen und Sanktionen.

Eine Aktivistin aus Bern bringt es auf den Punkt: «Jedes Versprechen, die Rentensituation der Frauen zu verbessern, wurde gebrochen.» Das Resultat der vergangenen AHV-Abstimmung und somit die Erhöhung des Frauenrentenalters sind ein Grund mehr, am 14. Juni auf die Strasse zu gehen und in den Betrieben zu streiken. Die Forderung der Streikkollegative: eine sofortige Stärkung der AHV, angefangen mit der Einführung einer 13. AHV-Rente.



**GEMEINSAMER SCHWUNG:** Volle Konzentration für die Streikforderungen. FOTO: PAOLA FERRO

Die Aktivistinnen diskutieren sämtliche Forderungen bis ins Detail. Die Köpfe rauchen, die Stimmung bleibt kämpferisch. Dazwischen gibt's Buttons, Broschüren und lila Bandanas. Doch die Pausen sind kurz, viel Arbeit steht an!

### **ABTREIBUNG IST KEIN VERBRECHEN**

Schon geht es zum nächsten Thema: die Elternzeit. Hier hinkt die Schweiz im internationalen Vergleich lahm hinterher. Die Streikkollegative sind sich einig: das muss sich ändern. Deshalb fordern sie eine Elternzeit von mindestens einem Jahr pro Elternteil und Kind. Wer nach der Elternzeit an den Arbeitsplatz zurückkehrt, muss einen Kündigungsschutz von mindestens sechs Monaten erhalten. Und: Der Bund soll Eltern mit der Finanzierung von Betreuungsplätzen unter die Arme greifen.

Dringende Änderungen braucht es auch bei Schwangerschaftsabbrüchen. Diese sind heute im Strafgesetzbuch geregelt. Deshalb die Forderung: Schwangerschaftsabbrüche müssen neu im Zivilgesetzbuch geregelt und – unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Betroffenen – kostenlos sein. Erst kürzlich scheiterte eine Abstimmung im Nationalrat dazu. Die

grüne Nationalrätin Léonore Porchet wollte mit einer parlamentarischen Initiative den Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch streichen. Denn Abtreibungen sollen in erster Linie eine Frage der Gesundheit sein, keine Straftat. 91 Ratsmitglieder waren dafür, 99 dagegen. Ihnen wollen die Aktivistinnen jetzt Beine machen.

### **APPLAUS UND LILA GLITZER**

Zum Schluss ist der Forderungskatalog prall gefüllt. Insgesamt zehn Punkte verabschiedet die Kollektive. Darunter auch: Die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer, sexualisierter und häuslicher Gewalt. Nulltoleranz gegenüber diskriminierendem Verhalten. Und: Wer vor geschlechtsspezifischer, homophober, transfeindlicher und sexualisierter Gewalt aus der Heimat fliehen muss, soll ein Recht auf Asyl haben.

Unter Applaus werden die Forderungen verabschiedet. Dann heisst es für die fleissigen Aktivistinnen: den Tag ausklingen lassen, mit kämpferischer Musik, lila Glitzer und gemeinsamem Anlaufnehmen für den 14. Juni!

Die Streikforderungen im Detail gibt's unter folgendem Link: [rebrand.ly/nationaleassise](https://rebrand.ly/nationaleassise).



**Sandra Künzi** lebt und büglet in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit bereitet sie sich und uns auf den Frauenstreik vom 14. Juni 2023 vor: Ahoi!

## Für lustige Frauen

Ich schau noch gern den «Tatort» am Sonntagabend, weil ich schön abschalten kann, wenn andere Probleme haben. Und manchmal schau ich dann grad noch die Comedy auf SRF. Das ist die Sendung mit den Männern. Der Hauptmann Herr Deville hat nicht so eine gute Stimme, mehr so wie eine kleine Krähe, aber ich find ihn trotzdem lustig. Man muss ja nicht perfekt sein, um Comedy zu machen, oder? Im Gegenteil, es kann sogar sehr lustig sein, wenn man eine komische Stimme hat oder einen Ostschweizer Dialekt. Man darf einfach keine Frau sein. Wegen der Einschaltquoten.

**SAUERREI.** Also, das sag nicht ich, sondern die vom Fernsehen. Das Publikum wolle «sympathische Männer, mit denen man gerne ein Bier trinken würde». Ja klar, ich hab auch gern sympathische Männer, mit denen ich ein Bier trinken würde. Aber Schagge sagte: «Sauerei. Wir müssen was unternehmen!» Dabei war ich müde und wollte lieber Cindy von Marzahn gucken, als was zu unternehmen. Aber Schagge kennt nichts. Und wir mussten unsere lila Overalls anziehen und nach Züri fahren, mitten in der Nacht, und vor dem Fernsehstudio Leutschenbach in

der Arschkälte auf dünnen Campingstühlen rumsitzen, um gegen die sexistische Comedypolitik von SRF zu demonstrieren. Am Morgen kamen die ersten Mitarbeitenden angeschlichen, bleich wie in der Bundesverwaltung.

**GOPFERDECKEL.** Ich dachte, gleich kommt die Polizei und trägt uns weg (wir waren ja nicht angeklebt), aber stattdessen kamen immer mehr Leute zum mitdemonstrieren. Auch so bekannte wie Mike Müller (auf den steh ich), und alle brachten zu essen mit. Es wurde immer besser. Abends waren wir schon 666 Leute, da kam die Fernsehchefin, Frau Welppe oder so, zusammen mit einer ausgebildeten Fernsehpsychologin, um mit uns zu reden. Aber das ging nicht, weil Patti Basler und Lara Stoll als Palliativpflegerinnen von SRF ds Kalb machten und alle lachten. Es ging voll ab, auch auf Twitter und so, und dann wollten alle, die noch nicht da waren, auch noch kommen. Am Schluss stand sogar der Herr Deville rum, und ich bekam voll ein Autogramm. Er hat wirklich eine komische Stimme. Schagge schrie, dass wir dem SRF nicht noch mal helfen bei der nächsten Gebührenabstimmung, wenn sie jetzt nicht gopferdeckel..., aber dann kamen doch die Polizisten. Solche, mit denen man gern ein Bier getrunken hätte. Aber Dienst ist Dienst. Und wir fuhren heim.

**WUT UND MUT:** Mit einem fulminanten Streik wehren sich die Reinigerinnen gegen Dumpinglöhne und Schwarzarbeit. FOTO: UNIA



8. März: Luzerner Reinigungsfrauen haben ausgewischt

# Ein Putz-Streik am Frauentag!



**Keine Sozialabgaben, keine Spesen – und zuletzt gab's nicht einmal mehr Lohn. Doch jetzt ist fertig Dumping: Bei der Silva-Reinigung wird gestreikt!**

JONAS KOMPOSCH

Es ist noch stockdunkel. Doch im Luzerner Unia-Sekretariat herrscht schon Aufbruchstimmung an diesem 8.-März-Morgen. Fahnen werden verladen, Spruchbänder eingerollt, ein letzter Espresso gestürzt. «Wir sind parat», ruft Gewerkschaftssekretärin Ana Pica, «vamos!» Und schon steigen gut zwanzig Frauen in einen Minibus und brausen davon.

Ihr Ziel: die M. Silva-Reinigung GmbH in Root LU. Viele der Frauen arbeiten dort auf Stundenlohnbasis für brutto 20 Franken. Im Monat kommen sie damit auf keine 3000 Franken. Andere im Büssli sind Freundin-

\* Name geändert

## WORK-SCHWERPUNKT ZUM FRAUENSTREIK

- Das nationale Treffen der Streikkollektive. **Seite 2**
- Belästigt: Gastro-Frauen haben die Nase voll. **Seiten 4+5**
- So gefährdet die Digitalisierung die Gleichstellung. **Seite 13**
- Darum sieht Malerin Stephanie Wegmann nicht schwarz. **Seite 18**

nen und Gewerkschaftskolleginnen aus anderen Berufen. «Wir Frauen müssen zusammenhalten», sagt Gastroarbeiterin Luisa Pereira\* (39), «denn wir arbeiten hart – zu Hause und im Job – und bekommen fast nichts.»

### CHEFIN DRÜCKT SICH...

Aber heute ist alles anders. Heute ist Streik! Das haben 9 von 11 Arbeiterinnen der Silva-Reinigung schon lange beschlossen. Diana Barbosa\* (50) erklärt: «Heute ist der Internationale Frauentag. Und diese Firma raubt uns unsere Rechte – Tag für Tag. Jetzt ist Schluss!» Doch bei der Silva-Reinigung in Root herrscht tote Hose. Die Chefin ist nicht da. Jemand muss sie vorgezwungen haben. Auch jene beiden Arbeiterinnen, die von Anfang an gesagt haben, dass sie sich nicht zu streiken trauen, tauchen nicht auf. Die geplante Betriebsblockade braucht's daher nicht. Aber die Chefin konfrontieren – das wollen die Streikenden unbedingt!

Wiel ist es schliesslich nicht, was sie fordern: die Einhaltung von Gesetz und Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Ihre Chefin weigert sich nämlich, Fahrzeiten und Mittagspesen zu bezahlen. Obwohl das für alle Reinigungsfirmen der Schweiz obligatorisch ist. So bestimmt es der vom Bundesrat für allgemeinverbindlich erklärte GAV. Auch Mutterschaftsschädigungen gibt es bei Silva nicht. Zudem wurden in mehreren Fällen keine Sozialversicherungsabgaben entrichtet. Und zuletzt stoppte die Chefin sogar noch die Lohnzahlungen. Elf Frauen haben für den Februar noch keinen Rappen Lohn gesehen. Und jetzt scheint sich die Chefin aus dem Staub zu machen.

... UND MACHT WEITER  
Sämtliche Telefonanrufe und E-Mails ignoriert sie. Also beschliessen die Arbeiterinnen spontan, die Drückebergerin zu Hause zu besuchen. Und so schreitet bald ein kleiner, aber lauter Protestmarsch durch ein Neubau-

quartier in Emmen LU. Doch auch dort zeigt sich die Chefin nicht. Entmutigen lassen sich die Streikenden dadurch nicht. «Wir werden erst wieder arbeiten, wenn wir unser Geld haben», sagt Diana Barbosa. Und überhaupt! Heute haben die Frauen noch einiges vor. Zuerst geht es an eine Frauenversammlung in der Luzerner Innenstadt, dann zum Flyer-Verteilen an den Hauptbahnhof, und zum Schluss gibt es ein grosses Solidaritätsgrillfest in der Beiz von Gastrofrau Luisa Pereira.

Aber wie geht es mit der Dumping-Bude weiter? Unia-Frau Ana Pica: «Der Fall geht nun an die Paritätische Kommission – und die muss liefern!» Die Kontrollkommission ist zuständig für die Einhaltung des GAV. Gegen Firmen kann sie Konventionalstrafen bis zu 50 000 Franken verhängen. Für Pica ist klar: «Die Zeit drängt!» Und tatsächlich. Der Lebens- und Geschäftspartner der Silva-Chefin hat bereits eine neue Firma angemeldet: die SOS Cleaning GmbH, domiziliert in einem Briefkasten im steuergünstigen Baar ZG.

Malerinnen, Zimmerinnen und eine Tunnelbauerin sagen, was sich ändern muss

## Damit's auf dem Bau mehr Búezerinnen gibt

**Die «Männerdomäne» Bau will mehr Frauen anziehen. Doch diese haben Forderungen – und jetzt gute Karten.**

JONAS KOMPOSCH

Die Bauwirtschaft boomt, und die Betriebe suchen händeringend nach Fachleuten und Lernenden. Das stärkt die Position aller Lohnabhängigen. Sie haben gute Chancen, ihre Anliegen durchzusetzen. Besonders gilt das für Frauen. Denn selbst die konservativsten Arbeitgeberverbände haben erkannt: Der Bau darf keine

«Männerdomäne» bleiben. Doch zu oft ist die Einsicht bloss Theorie geblieben. Und die beschlossenen Massnahmen gehen nicht weit genug. Oder sie werden nur halbherzig umgesetzt.

**FEHLENDE WC.** Zum Beispiel im Malergewerbe. Dort sind heute 40 Prozent der Lernenden Frauen – ein Branchenrekord! Doch viele Malerinnen verlassen den Beruf schnell wieder. Etwa weil sie eine Familie gründen, aber Teilzeitmöglichkeiten rar sind. Aber auch, weil Baustellen und Betriebe

noch immer voll auf Männer ausgerichtet sind, weil (Frauen-)WCs und separate Umkleidekabinen fehlen, weil Respekt für zu viele Chefs und Kollegen ein Fremdwort ist oder wegen Übergriffen und Belästigungen. Die Folge: Im Total der Malerbranche beträgt der Frauenanteil nur noch rund 20 Prozent. Noch schlimmer steht's ums übrige Ausbaugewerbe. Dort liegt der Frauenanteil noch im einstelligen Prozentbereich!

**GROSSE UMFRAGE.** So kann es nicht weitergehen. Des-

halb hat die Unia eine Online-Umfrage lanciert ([rebrand.ly/frauambau](http://rebrand.ly/frauambau)). Sie richtet sich an alle Bau-Frauen und will herausfinden, wo Verbesserungen am dringendsten sind. Dazu Umfrage-Leiterin Daniela Karst: «Der Rücklauf ist erfreulich. Wir haben schon über 200 Meldungen von Malerinnen, Gartenbauerinnen, Maurerinnen, Elektrikerinnen, Sanitärin-

stallateurinnen, Dachdeckerinnen, Schreinerinnen, Zimmerinnen und sogar von einer Tunnelbauerin.» Die Umfrage läuft noch bis Ende März. Die Resultate werden am nationalen Bau-Búezerinnen-Kongress vom 22. April in Bern diskutiert.

Anmeldung per Mail an [gewerbe@unia.ch](mailto:gewerbe@unia.ch). Anreise, Mittagessen und Sitzungsgeld bezahlt die Unia.



**MALERINNEN & CO. fordern Verbesserungen.**

FOTO: MARTINUS NEPOTI

## IGB-Chef Visentini abgesetzt

**BRÜSSEL.** Nur drei Wochen war Luca Visentini Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB). Dann platzte der «Katar-Gate», der grösste Schmierenskandal in der Geschichte des EU-Parlaments. Auch Visentini wurde vorübergehend verhaftet. Er hatte vom Hauptbeschuldigten 50 000 Euro angenommen. Sofort suspendierte der IGB seinen Chef und beauftragte eine externe Sonderkommission mit einer Untersuchung. Nun teilt der IGB mit, die Kommission habe keine Hinweise gefunden, dass der Verband von Katar oder dem ebenfalls involvierten Marokko beeinflusst worden sei. Visentini aber habe Vertrauen verspielt. Ihm wurde gekündigt. Ein ausserordentlicher Weltkongress soll seine Nachfolge wählen.

## Streikerfolg bei der Deutschen Post

**BERLIN.** Die deutsche Gewerkschaft Verdi kämpft mit voller Wucht für ihre Forderung: 10,5 Prozent oder 500 Euro mehr Lohn für alle. Denn die in Deutschland grassierende hohe Teuerung von 8,7 Prozent belastet die Haushalte enorm. Erste Erfolge gibt es



**WARNSTREIKERIN: Jetzt gibt's für sie 340 Euro mehr Lohn.** FOTO: DPA

bereits bei der Post: 340 Euro mehr haben sich die Pöstlerinnen und Pöstler erstreikt. Ein weiterer Gewinn für Verdi ist der rekordhohe Mitgliederzuwachs: mehr als 45 000 Neumitglieder in knapp zwei Monaten. Und die deutsche Streikwelle rollt weiter, etwa in den Flughäfen, Spitälern und Kitas. Auf den 27. März ist zudem ein landesweiter ÖV-Streik angekündigt.

## Ein Mindestlohn für Winterthur?

**WINTERTHUR.** Das Initiativkomitee «Ein Lohn zum Leben», zu dem auch die Unia gehört, fordert einen Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde auf dem Gebiet der Stadt Winterthur. Heute verdienen etwa 3600 Einwohnerinnen und Einwohner weniger. Doch für den Winterthurer Stadtrat sind 23 Franken zu viel. Sein Gegenvorschlag sieht 21.60 Franken vor. Zudem soll der Mindestlohn nicht für Branchen mit allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen gelten. Die Vorlage geht nun ins Stadtparlament.

## Genf begrenzt Bau-Temporäre

**GENF.** Die Gewerkschaften Unia, Sit und Syna erringen einen weiteren Sieg gegen die exzessive Temporärarbeit auf dem Bau. Schon letztes Jahr hat das Genfer Kantonsparlament auf ihr Zutun entschieden: Auf Baustellen der öffentlichen Hand dürfen pro Bauunternehmen maximal 20 Prozent Temporärarbeitende sein. Generalunternehmen sind zudem verpflichtet, genauer zu kontrollieren. Dagegen haben einige Temporärfirmen geklagt. Das Obergericht hat den Rekurs nun aber abgewiesen. Die Beschränkung sei sozialpolitisch vertretbar.



KÄMPFERISCH IN DEN TAG: Pflegerinnen im Altersheim in der Ostschweiz. FOTO: UNIA

## 8. März 2023: Mutige Frauen fordern Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit Tour de Suisse in die Betriebe

**Pflegerinnen, Reinigerinnen, Verkäuferinnen oder Gastro-Mitarbeiterinnen stehen zusammen am Weltfrauentag.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

In Luzern beginnt der Frauentag frühmorgens mit Espresso, Gipfeli – und einem Streik! Die Reinigerinnen der M. Silva-Reinigung GmbH legen die Arbeit nieder und fordern die Einhaltung ihres GAV, nicht mehr, aber auch nicht weniger (Seite 3).

Langsam erwacht die Schweiz an diesem 8. März. In Bern zu lila verzierten Denkmälern. Und auch in einem Altersheim in Grenchen sind die Pflegerinnen schon, oder noch, wach. Sie haben genug



SIE WOLLEN «BROT UND ROSEN» UND NOCH MEHR: Gastro-Mitarbeiterinnen in Biel. FOTO: UNIA

**Frauenstreikzahl:  
8 von 10 Stellen**

In der Pflege sind von Frauen besetzt. Der immense Stress, die unregelmässigen Arbeitszeiten und die kurzfristige Planung sind besonders für Mütter herausfordernd. Wegen der schlechten Bedingungen verlassen immer mehr Pflegenden den Beruf.

von Stress und Druck am Arbeitsplatz. Später erfasst die lila Welle die ganze Schweiz. Von St. Gallen bis Genf, von Delsberg über Biel nach Solothurn, überall stehen Pflegerinnen, Detailhändlerinnen, Malerinnen oder Gastronomitarbeiterinnen in ihren Betrieben zusammen und fordern Respekt, mehr Lohn und mehr Zeit.

### ZETKIN-PUZZLE

In Basel rekonstruierten die Frauen Clara Zetkin aus Puzzleteilen. Zetkin, die berühmte deutsche Feministin, Kommunistin und Pazfistin, setzte sich für das Recht der Frauen auf Erwerbstätigkeit und für ihre gewerkschaftliche Organisation ein. Und gilt als «Begründerin» des Weltfrauentags. Unia-Präsidentin Vanja Alleva sagt in ihrer Rede: «Wir wollen endlich Fortschritte sehen! Ohne Druck von der Strasse und in den Branchen sind diese aber offensichtlich nicht zu haben. Deshalb unterstützen wir die feministische Bewegung bei der Organisation des Frauenstreiks 2023.»

### FRAUEN-DEMOS

Abends dann in Neuenburg, Bern, Winterthur und Basel: Hunderte Frauen gehen auf die Strasse. Sie fordern Selbstbestimmung über den eigenen Körper, bessere Renten oder Schluss mit sexualisierter Gewalt. Während die bewilligte Demo in Neuenburg weitgehend friedlich verläuft, begegnet die Polizei den Frauen in Winterthur und Basel mit einem Grossaufgebot. In Basel kesselt die Polizei die Frauen ein und schießt sogar mit Gummischrot.



FORDERT MEHR RESPEKT: Wäschereimitarbeiterin in Freiburg. FOTO: UNIA



CARE-ARBEIT AUFWERTEN, JETZT! Pflegerin in der Ostschweiz. FOTO: UNIA



FRAUENPOWER FÜR BESSERE BEDINGUNGEN: Coiffeusen in Solothurn. FOTO: UNIA

# Elf Frauen, ein Skandal: Sexuelle Belästigung im Gastgewerbe Angebot aggert, angefasst und an gespuckt



BELÄSTIGT UND BEDROHT: Blöde Anmachen und sogar körperliche Übergriffe gehören für viele Gastro-Mitarbeiterinnen zum Alltag – und die Vorgesetzten schauen oft weg. FOTO: GETTY

## Ob im Service, hinter der Bar oder an der Réception: Sexuelle Übergriffe sind im Gastgewerbe noch immer gang und gäbe. Elf mutige Frauen berichten von ihren haarsträubenden Erlebnissen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Der Branchenverband Gastrosuisse will von sexueller Belästigung im Gastgewerbe nichts wissen. Dem Verband seien keine Fälle bekannt, und er sehe auch keinen Handlungsbedarf (wir berichtete: [rebrand.ly/beizer-schauen-weg](https://www.rebrand.ly/beizer-schauen-weg)). Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Noch immer kommt es viel zu oft vor, dass Männer das «Fräulein» belästigen und begrapschen.

Elf mutige Frauen haben mit work über die Übergriffe am Arbeitsplatz gesprochen. Viele von

### Bei Belästigung und Gewalt: Hier gibt's Hilfe

Wer sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erlebt, kann sich Unterstützung bei der Gewerkschaft Unia holen: [rebrand.ly/sexuelle-belaestigung](https://www.rebrand.ly/sexuelle-belaestigung)

In Zürich und Luzern treffen sich Betroffene im «Gastrakollektiv» zum Austausch und Aktivwerden: [rebrand.ly/gastra-kollektiv](https://www.rebrand.ly/gastra-kollektiv)

Zudem hat das eidgenössische Gleichstellungsbüro eine Zusammenfassung erstellt, wie Angestellte bei sexueller Belästigung handeln sollten: [rebrand.ly/informationen-fuer-arbeitnehmer](https://www.rebrand.ly/informationen-fuer-arbeitnehmer)

Für Betroffene von anderer Gewalt, wie beispielsweise Drohungen, häuslicher Gewalt oder Stalking, ist die Opferhilfe Schweiz eine Anlaufstelle: [rebrand.ly/hilfe-schweiz](https://www.rebrand.ly/hilfe-schweiz)

ihnen meinen: «Sexuelle Belästigung passiert so oft, dass sie fast schon zum Beruf gehört.» Das Problem sind aber nicht nur respektlose Gäste, sondern auch übergriffige Kollegen und verständnislose Vorgesetzte.

### STAMMGÄSTE WICHTIGER ALS PERSONAL

Jil Cavelti\* (27) hat eine Hotelfachschule im Graubünden besucht. Sie hat schon in Küchen, im Service und in einer Bar gearbeitet. Und weiss aus Erfahrung: «Dort, wo Gäste mehr Geld haben, ist der Respekt vor dem Personal kleiner.» Sie berichtet von ihrer Zeit als Barkeeperin im Zürcher Bankenviertel. Wenn sie die Stehtische abräumte, fassten sie Gäste an die Hüfte oder klopfen auf ihren Hintern. «Es ist schwierig, sich in solchen Momenten direkt zu wehren, wenn man noch ein volles Tablett in den Händen hält», sagt sie. Bei der Arbeit erhielt sie von den Anzugträgern auch oft unangebrachte Sexangebote.

Das hat auch Sascha Golay\* (24) erfahren. Sie arbeitet neben dem Studium im Service an der Luzerner Fasnacht. Bei Flirtversuchen von Gästen erwähnt Golay jeweils, dass sie einen Freund hat. Doch ein Gast liess sich davon nicht bremsen und baggerte sie weiter an. Er sagte: «Dein Freund scheint kein richtiger Mann zu sein. Also ich würde dich so richtig durchnudeln, bis dein ganzer Körper rot wäre.» Golay war entsetzt: «Ich war so angeekelt. Rausschmeissen durfte ich ihn aber nicht, weil er Stammgast war.» Und sowieso: «Zeit, um richtig zu reagieren, hat man im Stress oft nicht.»

Selma Jurić\* (25) kennt den Konflikt mit den Stammgästen. Sie sagt: «Ich finde, Vorgesetzte müssen sich bei Belästigungen im Betrieb immer hinter das Personal stellen – auch wenn es Stammgäste sind.» Sie erzählt von einem Erlebnis im Service eines edlen Restaurants. An einem Abend bediente sie eine Gruppe junger Männer. «Einer davon machte sich einen Spass daraus, mich zu nerven. Er kommandierte mich herum und bestellte andauernd Drinks. Irgendwann habe ich ihm gesagt, dass er mich bei der Arbeit stört», sagt Jurić. Daraufhin habe der Gast alle seine angefangenen

Drinks ex geleert. Den letzten Schluck spuckte er Jurić ins Gesicht. «Ich kochte vor Wut!» sagt die junge Frau. Etwa sechs Monate nach diesem Vorfall verliess sie den Betrieb und den Beruf.

Die Herabwürdigung von Servicemitarbeiterinnen hat System: Alba Diaz\* (24) arbeitete kurze Zeit an der Bar eines Bowlingcenters. Bereits bei ihrem Anstellungsgespräch degradierte ihre Chef-in sie zum Sexobjekt, indem sie sagte: «Für mehr Trinkgeld lohnt es sich, wenn du roten Lippenstift aufträgst und ein bisschen deine Brüste zeigst.»

### SICH WEHREN, ABER WIE?

Anastasia Novak\* (26) arbeitete als Praktikantin an der Réception eines Zürcher Luxushotels. Kurze nach diesem Praktikum wandte sie der Hotellerie jedoch bereits wieder den Rücken zu. Novak sagt: «An der Réception hatten wir zwei Uniformen: Rock oder Hosenganzug. Beide Optionen waren hauteng.» Sie fühlte sich unwohl, denn ihre Kollegen kommentierten ständig ihren Körper. «Wow, in diesen Hosen sieht du verdammt sexy aus!» hiess es. Ge- wehrt hat sich Novak nicht, weil: «Ich dachte ständig, dafür muss mehr passieren.»

### «Für mehr Trinkgeld lohnt es sich, wenn du roten Lippenstift aufträgst und ein bisschen deine Brüste zeigst.»

VORGESETZTE IN EINER BAR BEIM BEWERBUNGSGESPRÄCH

Hosen siehst du verdammt sexy aus!» hiess es. Ge- wehrt hat sich Novak nicht, weil: «Ich dachte ständig, dafür muss mehr passieren.»

Ein Mitarbeiter von Julia Lüscher\* (22) belästigte die junge Barkeeperin ebenfalls – mit Berührungen und Worten. Weil er aber ein guter Freund vom Chef war, scheiterten jegliche Versuche, sich zu wehren. «Mein Chef hat mir in einem Gespräch versichert, dass ich nicht die einzige Belästigte im Betrieb sei. Konsequenzen gab es für den Mitarbeiter trotzdem keine», sagt Lüscher. Sie wurde nicht ernst genommen. Schlimmer noch: «Fast alle Kolleginnen und Kollegen stellten sich auf seine Seite!» Irgendwann konnte die Barkeeperin die Umstände nicht mehr ertragen und kündigte.



## Neues Sexualstrafrecht «Nein heisst Nein»

Die Revision des Sexualstrafrechts ist in vollem Gange. Warum die «Nein heisst Nein»-Lösung vom Ständerat ein guter Kompromiss ist.

DARIJA KNEŽEVIĆ

In Bundesbern bahnt sich ein historischer Durchbruch beim Sexualstrafrecht an. Neu soll gelten: Geschlechtsverkehr gegen den Willen einer Person ist auch ohne Gewalt oder Zwang eine Vergewaltigung. Ein riesiger Fortschritt. Auch wenn Aktivistinnen und feministische Organisationen die Verankerung des Grundsatzes «Ja heisst Ja» gefordert hatten, womit Geschlechtsverkehr nur



HÖCHSTE ZEIT: Aktivistinnen machen sich für die «Ja heisst Ja»-Lösung stark. FOTO: KEY

mit ausdrücklicher Zustimmung als einvernehmlich gilt. Der Ständerat wiederum bleibt bei der «Nein ist Nein»-Lösung, die nur eine Ablehnung verlangt. Aber mit wichtigen Änderungen.

Eine der grössten Verbesserungen ist die Aufnahme des «Freezing» – also der Schockstarre – ins Sexualstrafrecht.

### «Sex ohne Zustimmung ist Gewalt.»

SP-NATIONALRÄTIN TAMARA FUNICIELLO

In Gefahrensituationen kann der Körper nämlich in eine Bewegungsunfähigkeit fallen. Im Gesetz wird neu das Erstarren des Opfers bei sexuellen Handlungen als nonverbales «Nein» festgelegt. Richterinnen und Richter haben im revidierten Sexualstrafrecht zudem die Möglichkeit, Täter nebst der Strafe zu Lernprogrammen und Gewaltberatungen zu verpflichten. Ein weiterer Erfolg: Die Vergewaltigungsdefinition ist neu geschlechtsneutral formuliert. So kann in Zukunft jede Person eine Vergewaltigung anzeigen, unabhängig vom Geschlecht.

### NATIONALRAT FORTSCHRITTLICHER

Die Berner SP-Nationalrätin Tamara Funicello kämpft seit Jahren in einem breiten Bündnis für eine Verbesserung des Sexualstrafrechts. Sie sagt zu work: «Die drei massiven Verbesserungen in dieser Gesetzesrevision sind unsere Errungenschaften. Sie sind im Vergleich zum Status quo ein historischer Fortschritt. Aber sie sind erst der Anfang. Aufbauend auf dieser Revision führen wir den Kampf für die sexuelle Selbstbestimmung aller weiter. Unsere Botschaft bleibt: Sex braucht immer die Zustimmung aller Beteiligten. Alles andere ist Gewalt!»

Nun geht die Revision des Sexualstrafrechts zurück in den Nationalrat. Dieser stimmte ursprünglich sogar für eine «Ja heisst Ja»-Lösung. Der Entscheid fällt voraussichtlich im Sommer.

### Buchtipp: «Hast du Nein gesagt?»

Das im Limmat Verlag erschienene Buch «Hast du Nein gesagt?» beschäftigt sich mit dem Umgang mit sexualisierter Gewalt und kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Die Autorinnen Miriam Suter und Natalia Widla geben Betroffenen eine Stimme und nehmen die Polizei, die Beratungsstellen sowie das Recht unter die Lupe. Die persönlichen Geschichten stimmen nachdenklich. Denn in der Schweiz ist jede fünfte Frau von sexualisierter Gewalt betroffen. Nur acht Prozent davon zeigen den Täter an. Mehr zum Buch: [rebrand.ly/neingesagt](https://www.rebrand.ly/neingesagt). (dak)

\*Namen geändert



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

## Laura und das Team

Da stand ich frühmorgens müde in meiner Brotabteilung, die harzige Trennung von meinem weichen, warmen Kissen war noch frisch. Aber ich lächelte. Obwohl ich allein in der Abteilung war, fühlte ich mich keineswegs allein.

Sie hatte es wieder geschafft, mir ein Lächeln ins Gesicht zu zaubern. Die liebe und fleissige Fee der Spätschicht. Kennt ihr die kleine schwarze Tafel im Brotgestell mit den von Hand geschriebenen Angaben, wer und wann das letzte Mal geba-



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

cken hat? Es ist in diesem so durchstrukturierten Unternehmen eines der wenigen Zeichen, dass unterschiedliche Persönlichkeiten hier arbeiten.

**BLUMEN.** Mein Name stand dort fein säuberlich und mit Blumen verziert. Sie hat es so schön und liebevoll für mich gestaltet, dass ich es fotografieren musste. Jetzt ziert es mein WhatsApp-Profil. Die Abteilung ist jeden Morgen sorgfältig vorbereitet, so dass ich gleich loslegen kann.

### «Einander helfen – das musste ich erst lernen.»

Und mit diesem Detail war ich an diesem Tag umso motivierter. Ich schätze das sehr. Es ist einfacher und viel entspannter, wenn man sich gegenseitig unterstützt. Wenn der Laden von Kundinnen und Kunden überrannt wird, wissen wir alle, was zu tun ist, und wir helfen uns gegenseitig.

**BOXEN.** Zu meiner Schande muss ich zugeben, dass ich das zuerst lernen musste. Ich war gewohnt, mich alleine durchboxen zu müssen, möglichst ohne Hilfe, um nur nicht als schwach zu gelten oder als unfähig. Immer mit der Angst im Nacken, ich könnte ersetzt werden. Der Druck war enorm. Die Kolleginnen und Kollegen waren nicht nett zu mir und ich auch nicht zu ihnen. Doch dann ist das Team zusammengewachsen, ein vielseitiger und interessanter Haufen. Wir sind Künstlerinnen, Sängerinnen, Sprachgenies, Modeberaterinnen, Entertainer, erprobte Lebenskünstlerinnen, grossartige Organisatorinnen, selbstlose Heldinnen und engagierte Gewerkschafterinnen. So viel Grossartiges steckt unter diesen Arbeitshemden. und die Unterhaltungen sind genauso vielfältig und lehrreich. Lachen steht bei uns auf der Tagesordnung. Unterschiedliche Meinungen werden respektiert. Konflikte und Missstände haben uns ebenfalls zusammengeschweisst, mutiger gemacht. Wir teilen uns den Druck. Wir motivieren, beruhigen und beraten uns. Aktionen wie das Wichteln und das gemeinsame Essen tun der Seele gut. Die gewerkschaftlichen Themen begleiten und stärken uns zusätzlich. Die Vorbereitungen für den Frauenstreik geben uns Kraft.

**DANKE!** Wenn ich sehe, wie viel wir erreicht haben, freue ich mich auf die gemeinsamen Schichten und Aktionen, die noch vor uns liegen. Danke für die wertvollen Lektionen, mein liebes Team!

## US-Konzern schliesst Traditionsbetrieb Rüeger SA und macht den Arbeitenden ein absurdes Angebot:

# Geht doch nach Deutschland arbeiten – für weniger Lohn!

**52 Mitarbeitende des Messgeräteherstellers Rüeger SA in Crissier VD stehen vor dem Nichts – wegen einer Produktionsverlagerung. Noch 2019 behauptete der Rüeger-Chef: «Es gibt null Restrukturierungen!»**

JONAS KOMPOSCH

Hochdruck-Manometer, Bimetall-Thermometer und thermoelektrische Gas-Sensoren – das sind die Verkaufsschlager der Rüeger SA. Seit 1942 produziert die Firma in Crissier VD bei Lausanne Präzisionsmessgeräte für den industriellen Gebrauch. Wegen ihrer Spitzenqualität werden die Rüeger-Produkte aus der ganzen Welt bestellt. Klar, sind sie der ganze Stolz der Belegschaft.

58 Frauen und Männer arbeiten im Waadtländer Werk. Noch. Denn Ende Februar wurde ihnen beschieden: Die komplette Produktion werde nach Baesweiler bei Köln verschoben.

### Der Ex-Inhaber und bisherige Economiesuisse-Vizepräsident, ...

Schon im September soll der Umzug beginnen. In Crissier dürften nur die sechs Verkaufsgestellten bleiben. So entschieden es die Manager des US-Konzerns Ashcroft, der wiederum zum japanischen Messgeräteschaffenden Nagano Keiki gehört und der sich Rüeger erst 2019 einverleibt hatte.

### BERÜHMTER PATRON

Ausserdem beschlossen die Ashcroft-Oberen: Wer weiterhin bei Rüeger arbeiten wolle, müsse eine Änderungskündigung unterzeichnen – und nach Nordrhein-Westfalen zügeln! Dort, in 700 Kilometern Entfernung, warte auf das Waadtländer Team Weiterbeschäftigung. Dies allerdings zu «angepassten Bedingungen» wie es in einem Firmenrundbrief heisst, darunter «hauptsächlich Lohnreduktionen». Ein absurdes Angebot! Zumal es noch 2019 ganz anders tönte.

Damals war Rüeger noch in Familienbesitz. Patron Bernard Rüeger (65) führte die Firma in dritter Generation – und erhielt dafür viel Lob. Er sei sogar «das Gesicht der Wirtschaft in der Romandie», rühmte die Zeitung «Le Temps». Tatsächlich war und ist Rüeger ein wirtschaftspolitisches Schwergewicht. Bei



**MIESES SPIEL:** Die Präzisionsgeräte aus ihrer Fabrik in Crissier VD waren der ganze Stolz der Rüeger-Arbeitenden. Jetzt wird das Werk geschlossen – und ins Ausland verschoben. FOTOS: RÜEGER, ZVG / MONTAGE: WORK

der Waadtländer Industrie- und Handelskammer war er 12 Jahre lang Präsident, beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse bis vor kurzem Vizepräsident, bei der Coop-Gruppe sitzt er seit Jahren im Verwaltungsrat, ebenso



**SCHWERGEWICHT:** Ex-Inhaber Bernard Rüeger. FOTO: PD

beim Krankenversicherer CSS, wo er demnächst zum Präsidenten aufsteigen soll. Im Mai 2019 aber hatte der Vielbeschäftigte genug. Er verkaufte seine Traditionsfirma an die amerikanische Konkurrenz. Dieser Schritt sei nötig gewesen, «um das Wachstum von Rüeger fortzusetzen», erklärte er damals. Überhaupt gab sich «das Gesicht der Wirtschaft» alle Mühe, die Öffentlichkeit zu besänftigen.

### BITTERES ABSCHIEDSGESCHENK

In etlichen Interviews versuchte Rüeger, den Verkauf als harmlos darzustellen. So habe er als «Abschiedsgeschenk» sogar noch eine neue Produktionslinie installieren lassen. Und diese Linie sei «derart ausgeklügelt», dass es «un-

denkbar» sei, «dass sie verlegt werden könnte». Und in der Zeitung «24 heures» behauptete Rüeger sogar: «In der Schweiz wird es null Restrukturierungen geben.» Noch bis Mai 2020 stand der Ex-Chef den neuen Besitzern als Berater zur Seite. Nur drei weitere Jahre – und schon ist das «Undenkbare» Realität.

Und wie! Am 7. März ging die Konsultationsphase, wie sie bei Betriebsschliessungen obligatorisch ist, zu Ende. Dazu Unia-Sekretär Abedslam Landry: «Die Belegschaft hatte

### ... wiegte die Belegschaft bei seinem Abgang noch in Sicherheit.

Rettungspläne ausgearbeitet und einen Sozialplan skizziert. Doch die Direktion hat beides abgelehnt!» Das Problem: In der Rüeger-Belegschaft gibt es kaum Gewerkschaftsmitglieder. Auch hatten die Betroffenen weder die Unia noch eine andere Gewerkschaft mit der Wahrung ihrer Interessen mandatiert. Sondern den Alleingang versucht. Ohne Erfolg, wie sich jetzt zeigt.

Unia-Mann Landry gibt aber nicht auf: «Ich werde die Leute erneut kontaktieren. Denn wer sich mit Konzernen anlegt, braucht eine starke Gewerkschaft im Rücken.»

## Der Agro-Multi sperrt weiter beim Teuerungsausgleich

# Jetzt muss Syngenta vors Einigungsamt

**Trotz Rekordumsatz will Syngenta nicht einmal die Teuerung ausgleichen. Im Wallis hat der Konzern sogar die Verhandlungen abgebrochen. Aber jetzt geht's vor den Kadi!**

JONAS KOMPOSCH

Der Basler Pestizid- und Saatgutriesen Syngenta betreibt in Monthey VS seinen weltgrössten Produktionsstandort. Mehr als 900 Mitarbeitende zählt das Werk, das zur Konzernabteilung «Crop Protection» (Pflanzenschutz) gehört. Diese Sparte hat ihren Umsatz enorm gesteigert – um sagenhafte 27 Prozent in den ersten neun Monaten von 2022. Im Jahr zuvor erzielte das Gesamtunternehmen sogar den höchsten Umsatz seit der Konzerngründung im Jahr 2000: 28,2 Milliarden Dollar. Trotz den Glanzresultaten geizt der Agro-multi in chinesischem Staatsbesitz bei den Löhnen. Und zwar massiv. Nicht einmal die Teuerung will er

ausgleichen. Dabei beträgt diese immerhin rund 3 Prozent. Die Geschäftsleitung des Walliser Standorts kündigte bloss an, die Gesamtlohnsumme um 2,1 Prozent anzuheben, aber individuell zu verteilen. Die Folge wären happige Reallohnsenkungen. Die zudem versprochene Einmalzahlung von 1000 Franken macht das nicht wett. Zumal die Preise nicht einmal, sondern dauerhaft und weiterhin steigen. Die Personalkommission (Peko) wies das Angebot jedenfalls empört zurück (work berichtete: [rebrand.ly/geizenta](https://rebrand.ly/geizenta)). Weil aber mit der Peko keine Einigung erreicht wurde, hätten automatisch Verhandlungen mit den Gewerkschaften folgen müssen. So schreibt es der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) des Unternehmens vor. Doch es kam anders.

### BEISPIELLOSE ARROGANZ

Zuerst liess die Geschäftsleitung 40 Tage verstreichen. Erst dann traf sie die Gewerkschaften zum



**GEHT (FAST) LEER AUS:** Mitarbeiter im Syngenta-Werk in Monthey VS, dem grössten weltweit. FOTO: KEY

Gespräch. Es folgte ein weiteres Treffen. Doch dann plötzlich die Ansage: Jede weitere Verhandlung sei für die Katz! Blaise Carron, Regiosektretär der Unia Wallis, ist ausser sich: «Die Geschäftsleitung hat abrupt und einseitig beschlos-

sen, den Prozess zu beenden. Dabei hatten wir für den 10. März noch eine Sitzung angesetzt!» Damit verunmögliche die Direktion jede Lösungsfindung und missachte zudem das GAV-Verfahren.

### Syngenta gibt sich trotzig – und verstösst gegen den GAV.

Doch Carron lässt sich nicht abservieren. In einer geharnischten Medienmitteilung geisselt er den «brutalen und unfairen» Akt und die «nie dagewesene Arroganz» der Unternehmensleitung. Es handle sich um «eine beunruhigende Verachtung gegenüber den Arbeitnehmenden, wie sie in unserer Gegend selten zu beobachten ist». Ausserdem hat Carron das Kantonale Einigungsamt angerufen. Dieses soll im Fall vermitteln – und, falls es nicht anders möglich ist, einen Schiedsentscheid fällen. Das Verfahren läuft.

Anständiges Wohnen wird für immer mehr Haushalte zum Luxus

# Wohnungsnot: Rezepte aus der Mottenkiste



**MIETENWAHNSINN:** Für immer weniger bezahlbare Wohnungen müssen immer mehr Menschen Schlange stehen, wie hier in Zürich. FOTO: KEYSTONE

**Die Schweiz hat ein Wohnungsproblem. Das können auch die rechten Parteien und die Immo-Haie nicht mehr leugnen. Doch ihre Rezepte dagegen sind genau jene, die uns in diese Lage gebracht haben.**

CLEMENS STUDER

Die Schweiz hat die niedrigste Wohneigentumsquote Europas. Rund zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung wohnen zur Miete. Unterdessen sind die Wohnkosten der grösste Ausgabenposten in vielen Haushaltsbudgets. Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen geben mittlerweile zwischen 25 und 35 Prozent des verfügbaren Einkommens für Wohnkosten aus, also für Miete und Nebenkosten. Ab 40 Prozent spricht die Wissenschaft von «Überbelastung». Der Anteil der Haushalte, die sich dieser Grenze nähern oder sie gar überschreiten, wächst rasant und wird in den nächsten Monaten weiterwachsen. Denn ausser den Mieten steigen auch die Nebenkosten für Heizung und Elektrizität.

## KONTROLLE ABGESCHAFFT

Steigende Mieten sind kein «Naturereignis», sondern eine Frage des Systems. Bis vor einigen Jahrzehnten hatte die Schweiz eine staatliche Mietpreiskontrolle. Auf Druck des Kapitals wurde diese standardisierte Überprüfung der Mieten abgeschafft. Seither müssen sich Mieterinnen und Mieter individuell gegen Miet-Missbrauch wehren. Was sie – aus guten individuellen Gründen – nur in sehr kleinem Mass tun. Denn wer will sich schon mit seinen Vermieterinnen und Vermietern anlegen und riskieren, seine Wohnung zu verlieren?

Doch nicht nur die Kontrollen wurden abgeschafft. Die bürgerlichen Parlamentsmehrheiten der vergangenen Jahrzehnte rollten auch dem Finanzkapital den roten Teppich aus. Der damalige Justizminister Christoph Blocher (SVP) legte vor knapp 20 Jahren eine Vorlage unter dem Namen «Belegung des Kapitalmarktes» vor. Die Folge: Seit 2005 darf ausländisches Kapital über börsenkotierte Gesellschaften mit Schweizer Immobilien spekulieren. Seither sind Immo-Konzerne auf dem «Markt» im Vormarsch. Rücksichten kennen sie kaum. Sie und die Immobilienfonds der Grossbanken haben nur ein Ziel: möglichst viel Rendite aus Wohnungen und Geschäftsräumen zu pressen (siehe Artikel unten).

## PLÖTZLICH WACH

Diese Probleme sind längst bekannt. Gewerkschaften, der Mieterinnen- und Mieterverband

## MEHR ZUR MIET-MISERE

work beschäftigt sich regelmässig mit der Situation der Mietenden. Unter anderem hier:

- [rebrand.ly/milliarden-weg](https://rebrand.ly/milliarden-weg)
- [rebrand.ly/immo-haie](https://rebrand.ly/immo-haie)
- [rebrand.ly/kaufkraft-klau](https://rebrand.ly/kaufkraft-klau)
- [rebrand.ly/sozialpolitische-zeitbombe](https://rebrand.ly/sozialpolitische-zeitbombe)

und fortschrittliche Parteien weisen seit vielen Jahren darauf hin. Doch der Hauseigentümerverband, die Finanzindustrie und die rechten Parteien verweigern sich jeder Lösung. Im Gegenteil: Sie verschlimmern die Lage der Mietenden weiter (siehe auch Seite 9). Doch jetzt lässt sich das Marktversagen nicht weiter unter den Tisch kehren. Auch bürgerliche Medien thematisieren die Lage – wenn zum Teil leider auch rassistisch gefärbt (siehe Spalte rechts). Und sie geben den Verursachenden der Krise ausführlich Raum für ver-

meintliche Lösungen. Und die Vertreterinnen und Vertreter der Immobilienkonzerne, der Banken und der Versicherungen lassen sich nicht lumpen – mit Vorschlägen aus der Mottenkiste. Sie wollen die Probleme lösen mit: noch weiterem Abbau der Mieterrechte, mit Abbau des

## Das Problem der explodierenden Mieten ist weitaus grösser als das der verfügbaren Wohnungen.

Lärmschutzes, mit Abbau der Bauordnungen und so weiter und so fort. Kurz gesagt, mit allem, wovon Wohnungsspekulanten schon immer geträumt haben.

Zu all dem lässt sich eigentlich nur eines sagen: Wenn die bestehenden Gesetze ein so grosses Problem sind, warum wurde dann in den vergangenen Jahren unter diesen angeblich so behindernden Vorgaben so viel gebaut? So viel, dass während Jahren über zu viel leer stehenden Wohnraum gejammert wurde? Und tatsächlich zeigt die Kurve der Leerwohnungsziffer zwar nach unten, doch noch ist die Schweiz weit weg von einem historischen Tief.

## PROFITE BEGRENZEN

Fakt ist: Das Problem der explodierenden Mieten ist weitaus grösser als das der verfügbaren Wohnungen. Und dieses Problem existiert, weil immer mehr Immobilien im Besitz von profitgetriebenen Konzernen und Fonds sind. Sie haben aus dem Menschenrecht Wohnen eine Ware gemacht. Was es jetzt mehr als je braucht, ist das Gegenteil von dem, was rechte Parteien und ihre Sponsorinnen und Sponsoren wollen. Es braucht unter anderem mehr gemeinnützigen Wohnungsbau, wieder Mietzinskontrollen und eine wirksame Begrenzung der Profite der Immo-Haie.

Boden lässt sich nicht vermehren. Faire Mietwohnungen schon.

## Genossenschaftswohnungen sind günstiger

**Wer von einer sogenannten Marktwohnung in eine Genossenschaftswohnung zieht, hat real mehr Geld im Portemonnaie.**

CLEMENS STUDER

Wer in einer Genossenschaftswohnung wohnt, zahlt durchschnittlich über einen Viertel weniger Miete für eine vergleichbare Marktwohnung. Das hat nichts mit «subventionierten Staatswohnungen» zu tun, wie Marktideologen und ihre Lautsprecherinnen und -sprecher in den Parlamenten gerne behaupten. Machen wir eine Musterrechnung:

**DIE AUSGANGSLAGE. Fall A:** Hans Haus ist im Jahr 2000 verstorben,

und sein Mehrfamilienhaus geht an seine Erben. Das Haus hat einen Wert von 3 Millionen Franken. Seine Erben behalten das Mehrfamilienhaus und erzielen aus Mieteinnahmen ab 2001 eine Bruttorendite von 4 Prozent.

**Fall B:** Hans Haus ist im Jahr 2000 verstorben, und sein Mehrfamilienhaus geht an seine Erben. Diese verkaufen das Haus an einen börsenkotierten Immobilienkonzern. Auch dieser erzielt im Jahr 2001 eine Bruttorendite von 4 Prozent.

**Fall C:** Hans Haus ist im Jahr 2000 verstorben, und sein Mehrfamilienhaus geht an seine Erben. Diese verkaufen das Haus an eine Wohnbaugenossenschaft. Weil diese kein Aktionariat befriedigen muss (wie

im Fall B) und auch keine Immobilienrenten finanzieren (wie im Fall A), kann sie die Wohnungen zur Kostenmiete anbieten. Das heisst: Die Mietenden bezahlen für ihre Wohnung nur so viel, wie die Kapitalkosten und der Unterhalt ausmachen.

**DIE ENTWICKLUNG.** Im Jahr 2020 wird das Mehrfamilienhaus mit nun 6 Millionen Franken bewertet. Es hat also seinen «Marktwert» verdoppelt. Das hat folgende Auswirkungen:

**Fall A:** Die Erben freuen sich über die Wertsteigerung. Sie werden deswegen die Mieten aber kaum erhöhen, weil auch ihre Kosten wegen der tiefen Zinsen nicht gestiegen sind.

**Fall B:** Der Immobilienkonzern weist einen «Neubewertungsgewinn» aus. Weil deshalb der erzielte Profit rechnerisch sinkt, wird er die Mieten verdoppeln wollen, um weiterhin 4 Prozent Bruttorendite zu erzielen. Tut er das nicht, wird er vom «Markt abgestraft», weil das Aktionariat mehr Rendite fordert.

**Fall C:** Genossenschaftswohnungen kosten weiterhin gleich viel, ausser Renovationen oder Finanzierungskosten müssen überwältigt werden. Weil bei der Kostenmiete kein Gewinn erzielt werden muss, sondern eben nur die Kosten bezahlt. Dazu gehören auch die Landkosten, die bei einer Genossenschaft niedriger sind, weil der Boden dauerhaft der Spekulation entzogen ist.



AUSSCHNEIDEN UND WEITERGEBEN

**NEIN!** Weder in Seegräben ZH noch in Windisch AG «landen Schweizer Bürger auf der Strasse, weil ihre Wohnungen für Asylbewerber gebraucht werden». Auch wenn die SVP und die ihr gewogenen Aargauer und Zürcher Zentralredaktionen das behaupten.

## Falschmeldungen SVP bastelt sich «Skandale»

«Schweizer raus, Asylbewerber rein», eine Schlagzeile, wie sie Rechte lieben. Auch wenn sie erfunden ist. Wie in den «Fällen» Seegräben ZH und Windisch AG. Beide Fälle sind auch ein Beispiel dafür, wie eilfertig Aargauer und Zürcher Medien die SVP-Propaganda befeuern.

CLEMENS STUDER

Beginnen wir mit den Fakten: In Seegräben hat eine rechtsbürgerliche Dorfregierung einem Mann die 5,5-Zimmer-Gemeindewohnung gekündigt, weil sie angeblich für Asylsuchende gebraucht

## Der Grund sind nicht Asylsuchende, sondern die Profitmaximierung auf dem Wohnungs-«Markt».

würde. Doch diese Begründung stimmt schlicht nicht. Die Gemeinde hat sich angeblich «verrechnet». Bemerkenswerterweise zog sie die Kündigung auch dann nicht zurück, als der «Rechnungsfehler» durch den Kanton aufgedeckt wurde.

In Windisch drängte SVP-Gemeindepräsidentin Heidi Ammon am 27. Februar um 10.57 Uhr an die Öffentlichkeit. Die Medienmitteilung beginnt so: «Der Kanton Aargau plant im Gebiet Zelglistrasse/Mülligerstrasse eine Asylunterkunft für rund 100 Personen. Um die Asylsuchenden unterbringen zu können, hat der Eigentümer der Liegenschaften die Mietverträge der bisherigen 49 Mieterinnen und Mieter per Ende Juni gekündigt. Der Gemeinderat Windisch ist zutiefst schockiert.» Ammon setzte damit den Ton, auf den die einschlägigen Medien noch so gerne aufsprangen. Zuerst die AZ-Medien, die keine Stunde brauchten (online 11.50 Uhr), um die Medienmitteilung zu einem Artikel aufzublasen. Null Recherche, dafür innert kurzer Zeit Dutzende Kommentare. Tonalität: «Die eigenen Leute bleiben auf der Strecke», «Wohncontainer sind halt zu wenig luxuriös für Flüchtlinge...», «Es ist beschämend, wie mit uns Schweizern umgegangen wird! Wir werden gezwungen/genötigt, uns den fremden Kulturen anzupassen.»

**ABBRUCH WEGEN EINES NEUBAUS.** Bei so einem Click- und Aufregungsturbo wollte «20 Minuten» aus dem Hause Tamedia natürlich nicht abseits stehen. Um 12.51 Uhr ging dort der erste Beitrag online. Schlagzeile: «49 Mieter müssen Wohnungen wegen Asylunterkunft verlassen.» Auch hier: keine Recherche, im wesentlichen einfach das Windischer Communiqué umgeschrieben. Und auf den «Fall Seegräben» verwiesen. Und auch hier: innert kürzester Zeit Dutzende hetzende Kommentare.

Nachdem am Tag der Windischer (Falsch-)Meldung auch das SRF-Regionaljournal im Sinne der SVP-Gemeindepräsidentin berichtet hatte, recherchierten die Journalistinnen und Journalisten tags darauf. Und erhielten von der Immobilienfirma folgende Auskunft: Die Wohnungen seien in einem schlechten Zustand und müssten abgebrochen werden. Stattdessen soll ein Neubau entstehen. Und, zentral: «Nur aus diesem Grund haben wir den Mieterinnen und Mietern gekündigt.»

Die ganz alltägliche Profitmaximierung auf dem Wohnungs-«Markt» also. Aber davon reden manche Medien ebenso ungerne wie die SVP.

## EU-Mindestlohnrichtlinie II Aus dem Brexit gelernt

In den letzten Monaten mussten sich Lobbyisten für US-Kapitalinteressen in Brüssel wütenden Fragen von US-Spitzenmanagern stellen: Wie konnten Europaparlament und Ministerrat ein EU-Gesetz verabschieden, laut dem 80 Prozent aller Beschäftigten einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) haben sollten? Haben die rechten Parteien keine Mehrheit mehr im Europaparlament? Sind in den meisten EU-Ländern nicht mehr rechte Regierungen



**Erne Europa**  
Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

an der Macht? Arbeiten die meisten Lobbyistinnen und Lobbyisten in Brüssel nicht mehr für Kapitalinteressen?

**NICHT VERWÄSSERT.** Auch der EU-skeptische Politikwissenschaftler Martin Höpner war davon überzeugt, dass der EU-Kommissionsentwurf für eine Richtlinie über angemessene Mindestlöhne, wenn überhaupt, nur stark verwässert angenommen wird. Doch wurde die Richtlinie Gesetz, und zwar in einer Fassung, die weiter geht als der Kommissionsvorschlag, der nur einen GAV-Abdeckungsgrad von 70 Prozent verlangte.

**Künftig soll für 80 Prozent aller in der EU Beschäftigten ein GAV gelten.** Nach der Brexit-Abstimmung realisierten immer mehr EU-Politiker, dass die EU auch Búezerrinnen und Búezern eine Perspektive bieten muss, wenn sie nicht auseinanderbrechen will. Eine zentrale Rolle spielte Dennis Radtke, CDU-Europaabgeordneter aus dem Ruhrgebiet. Zusammen mit anderen Abgeordneten verbesserte er den Kommissionsentwurf zu den Mindestlöhnen und setzte diese Verbesserungen in den Verhandlungen mit dem Ministerrat auch durch. Dabei wurden die Abgeordneten nicht nur vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) unterstützt, sondern auch von der französischen Regierung. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ist wahrlich kein Freund der Gewerkschaften, dennoch unterstützte er die Richtlinie wie auch der französische Arbeitgeberverband, um fairere Wettbewerbsbedingungen im EU-Binnenmarkt zu schaffen.

**UNDURCHSICHTIG.** Wie in der Schweiz können rechte Mehrheiten auch in der EU nicht einfach durchregieren, ohne den sozialen und territorialen Zusammenhalt zu gefährden. Gleichzeitig sind die politischen Abläufe in der EU schwer zu verstehen, da kaum einer die Verfahren der EU-Gesetzgebung ganz durchschaut. Dies musste auch Samy (Xavier Lacaille), die Hauptfigur der ausgezeichneten ARD-Serie «Parlament» erfahren, die auf humorvolle Weise die Geschichte jener erzählt, die das Schicksal von 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in der Hand haben. Obwohl Samy an der Uni viel über die EU gelernt hat, erfährt er gleich an seinem ersten Tag als Praktikant in Brüssel, dass er in keiner Weise auf seinen Posten vorbereitet ist. Wer die EU-Politik verstehen möchte, sollte sich die Serie unbedingt anschauen: [rebrand.ly/parlament-serie](http://rebrand.ly/parlament-serie).

# Daru-Wache-Kadermann Daniel Suter (44) packt aus: CEO lässt Security-Leute dursten

**Nachdem work über den Lohnschiss bei der Daru-Wache berichtet hat, deckt ein Insider weitere Missstände auf. Es geht um Putzmaterial, Sicherheitsschuhe – und einen Wasserspender ohne Wasser.**

CHRISTIAN EGG

Bis zu zwölf Stunden am Stück sind die Security-Leute der Daru-Wache im Einsatz. Sie kontrollieren den Zutritt zu zwei Grossbaustellen in der Region Solothurn. Das Problem: Auf diesen gibt es kein fließendes Wasser. Während die Baufirmen ihren Mitarbeitenden gratis Wasserflaschen abgeben, gibt's von der Daru-Wache: **niex.**

Leiter der 19köpfigen Daru-Gruppe ist Daniel Suter (44). Er überzeugt seinen Chef, einen Wasserspender anzuschaffen. Doch kaum ist das Gerät in Betrieb, kommt der Haken: Die Kosten für den Nachschub an Wasserflaschen trägt die Daru nicht. So entschieden von Daru-CEO Armin Häfliger. In einem Mail schreibt Häfliger: «Ich gehe davon aus, dass dies durch den Besteller bezahlt wird.» Da habe er die

**Was bisher (nicht) geschah: Kanton Bern klärt ab und ab und...**

**Dezember 2022.** Im work lassen mutige Mitarbeitende der Daru-Tochter GSD die illegale Lohnpraxis auffliegen. Die Kantonspolizei, in deren Auftrag die GSD Parkbussen verteilt, teilt mit: Sie werde die Vorwürfe abklären. Denn als Staatsorgan darf sie niemanden beauftragen, der illegal handelt (siehe unten). **März 2023.** Daru und GSD halten an ihrer illegalen Praxis fest. Und die Kantonspolizei? Auf Anfrage schreibt sie: «Die Abklärungen sind noch immer im Gange.» Auch die Fachhochschule Nordwestschweiz, von Bund und Kantonen subventioniert, hat die Daru beauftragt. Zu den Vorwürfen schreibt sie: «Medienberichte kommentiert die FHNW nicht.» Man werde «bei einem nächsten Austausch mit der Daru-Wache um Klärung bitten». Wann der stattfindet, kann die FHNW aber nicht sagen. (che)

Welt nicht mehr verstanden, sagt Daniel Suter zu work. «Die Botschaft war: Jetzt haben wir für euch einen Wasserspender gekauft – und ihr wollt auch noch Wasser?»

**WAS DER CHEF SAGT, IST GESETZ**

Doch Argumente sind zwecklos. Häfliger dulde keinen Widerspruch, weiss Suter: «Was er sagt, ist Gesetz.» Jetzt zahlen er und seine Stellvertreterin das Wasser aus dem eigenen Sack. Der allerdings Ende Monat auch leer ist. Denn die Daru, eine der grössten Sicherheitsfirmen in der Schweiz, zahlt ihren über 300 Mitarbeitenden Ende Monat nicht den vollen Lohn aus. Daniel Suter erhält statt netto 4200 Franken nur 3800, den Rest gibt's erst am 15. des nächsten Monats. Eine illegale Praxis (work berichtete: [rebrand.ly/daru](http://rebrand.ly/daru)), die jetzt auch Rechtsprofessor Thomas Geiser als «klar rechtswidrig» kritisiert (siehe unten).

Suter sagt, gleich drei Personen hätten ihn auf den work-Artikel über den Daru-Lohnschiss aufmerksam gemacht. Darauf wandte er sich an die Redaktion, um von der «totalen Batzenklemmerei» zu berichten, die bei der Daru herrsche. Jede noch so kleine Ausgabe müsse von CEO Häfliger persönlich bewilligt werden. Ob Locher und Schere für den Security-Bürocontainer oder Nachschub an Putzmaterial: alles werde grundsätzlich in Frage gestellt und oft mit einer schnoddrigen Bemerkung zurückgewiesen. Einmal schrieb Häfliger als Reaktion auf eine Rechnung von Suter: «Die Mitarbeiter müssen sich keine Wohnungseinrichtung auf Kosten der Daru installieren.»

**DIE SUVA KRITISIERT**

Rechtswidrig agiert die Daru auch bei den Sicherheitsschuhen. Auf Baustellen sind diese obligatorisch. Doch kaufen müssen sie sich die Security-Mannen und -Frauen selber. Als Ent-



**TEAMLEITER MIT GEWISSEN:** Damit seine Leute zu trinken haben, besorgte Daniel Suter einen Wasserspender auf eigene Faust. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

schädigung gibt's gerade mal 5 Rappen pro Arbeitsstunde. Das sei «lächerlich», sagt Suter. Ein gutes Paar Schuhe der Sicherheitskategorie S3 koste mindestens 140 Franken. Die Arbeitsverträge der allermeisten Mitarbeitenden sähen im besten Fall 1440 Arbeitsstunden pro Jahr vor, etwa eine 70-Prozent-Anstellung. Suter rechnet vor: «Dann muss jemand zwei Jahre arbeiten, bis die Kosten gedeckt sind.»

Diese Praxis ist illegal. Sie verletzt die Verordnung über die Unfallverhütung, wie Suva-Sprecher Adrian Vonlanthen gegenüber work sagt: «Dort ist festgelegt, dass für die persönliche Schutzausrüstung der Arbeitgeber aufkommen muss.» Die Kosten nur in Rappenbeträgen zurückzuerstatten, wie dies die Daru macht, gehe nicht an: «Eine solche Regelung ist nicht rechtens.»

Die Daru sagt dazu – nichts. Auf die Fragen von work hat sie nicht reagiert.

## Rechtsprofessor Thomas Geiser zum Lohnschiss bei der Daru-Wache: «Das ist klar rechtswidrig»

**Für Einzelne sei es schwierig, rechtlich gegen die illegale Praxis der Daru vorzugehen, sagt Thomas Geiser, emeritierter Rechtsprofessor und einer der besten Kenner des Arbeitsrechts. Doch es gebe Instanzen, die tätig werden könnten, ja müssten.**

CHRISTIAN EGG

**work:** Herr Geiser, darf eine Firma einen Teil des Lohnes erst im folgenden Monat auszahlen?

**Thomas Geiser:** Nein, das ist klar rechtswidrig. Es gibt nur eine Ausnahme: Wenn jemand sehr unregelmässige Einsätze hat, wäre eine solche Praxis akzeptabel.

**Security-Leute arbeiten unregelmässig – aber am 25. des Monats sollte die Firma ja wissen, wie die Mitarbeitenden bis Ende Monat arbeiten...** Richtig. Sie muss die Arbeitspläne

sogar zwei Wochen im voraus bekanntgeben. Damit steht auch die Zahl der Arbeitsstunden schon fest und damit auch der Lohn für Beschäftigte im Stundenlohn. Sollte es kurzfristige Änderungen im Dienstplan geben, kann die Firma das im nächsten Monat verrechnen – wie dies jede normale Firma auch tut.

**Wie können sich die Mitarbeitenden wehren?**

Im Prinzip können sie den Arbeitgeber betreiben und so den fehlenden Betrag einfordern. Aber bis der Betriebsbeamte den Zahlungsbefehl überbringt, hat die Firma vermutlich schon den Rest des Lohnes überwiesen. Theoretisch kann man auch einen Verzugszins verlangen für die verspätete Zahlung – aber das ist ähnlich hoffnungslos.

**Also kann die Daru das Recht mit Füßen treten, und niemand kann sie stoppen?**

Doch! In der Sicherheitsbranche gibt es ja eine paritätische Kommission. Sie kontrolliert, ob die Firmen den Gesamtar-

**«Spätestens jetzt müssen Kantone und Gemeinden aktiv werden.»**

RECHTSPROFESSOR THOMAS GEISER

letzlich auch der GAV verletzt, und die paritätische Kommission kann tätig werden. Das gilt hier umso mehr, weil es um den Lohn geht. Und der ist in der Sicherheitsbranche Gegenstand des GAV.

**Und welche Verantwortung haben Gemeinden, Kantone und Organisationen, welche die Daru engagieren?**

Die öffentliche Hand darf nicht jemanden beauftragen, der gesetzeswidrig handelt. Das ist im öffentlichen Auftragsrecht so festgehalten. Spätestens wenn wie jetzt Gesetzesverstöße bekannt werden, müssen Kantone und Gemeinden aktiv werden. Etwa, indem sie von der Firma verlangen, ihre Praxis so anzupassen, dass sie rechtskonform ist. Für Organisationen, die Subventionen erhalten, gilt letztlich dasselbe: Hier muss die Behörde, welche die Subventionen vergibt, intervenieren und dafür sorgen, dass die Organisation nur Firmen beauftragt, die das Gesetz einhalten.



FOTO: KEYSSTONE

# Die Anti-Sozialen

SVP-Chef Chiesa



FDP-Chef Burkart



GLP-Chef Grossen



## Radikal gegen die Interessen der Arbeitenden, der Mietenden und der Pensionierten.

**Die Nöte der Gering- und Normalverdienenden sind der bürgerlichen Mehrheit im Parlament egal. Renten runter, Mieten rauf. Federführend: SVP, FDP und GLP.**

CLEMENS STUDER

Lohnabhängige, Rentnerinnen und Mieter: Sie leiden unter schwindender Kaufkraft wegen der nicht voll ausgeglichenen Teuerung, der steigenden Mieten und der explodierenden Krankenkassenkosten. 300 000 Rentnerinnen und Rentner leben in Armut oder sind akut davon gefährdet, in die Armut abzurutschen. Hunderttausende Mieterinnen und Mieter wissen kaum noch, wie sie die nächste Mietzinsserhöhung und die steigenden Nebenkosten stemmen sollen. Doch was macht die bürgerliche Mehrheit im Bundesparlament? Nichts, das den Menschen hilft. In Gegenteil: Sieben Monate vor den nationalen Wahlen tragen SVP, FDP und GLP unverdrossen die Hausaufgabenliste ab, die ihnen von der Finanzindustrie und der Immobilienlobby (siehe Seite 7) aufgetragen wurde. «Die Mitte» schwimmt meistens auch mit, bietet aber ab und an immerhin Hand für Verbesserungen, zum Beispiel beim Teuerungsausgleich für die AHV-Renten. Drei Beispiele für das Handeln der antisozialen Koalition:

### AHV I: Grosse Geiz-Attacke beim Teuerungsausgleich.

Eine Mitte-links-Koalition hat letztes Jahr den unwilligen Bundesrat dazu verdonnert, die AHV-Renten 2023 um die volle Teuerung auszugleichen. Murrend hat der Bundesrat dann eine Minimalvariante geliefert. Mit der sollte nur die Reststeuerung 2022 ausgeglichen werden, die Teuerung von 2023 aber nicht. Doch der Nationalrat trat gar nicht erst auf das Geschäft ein. SVP, FDP und GLP stimmten geschlossen dagegen. Später tat es eine Mehrheit im Ständerat der grossen Kammer gleich. Die AHV-Rentnerinnen und Rentner haben also wegen der SVP, FDP und GLP weniger Geld zum Leben.

### AHV II: Verweigerte Verbesserung.

Je schlechter das Preis-Leistungs-Verhältnis beim BVG wird, desto wichtiger wird die AHV. Für 90 Prozent der Erwerbstätigen lohnt sich eine Stärkung der 1.Säule. Das wissen auch

Banken und Versicherungen. Darum bekämpfen sie jede Verbesserung der AHV. Und die bürgerliche Mehrheit im Bundesparlament gehorcht ihnen aufs Wort. Wie bereits der Nationalrat in der Wintersession lehnt die Mehrheit des Ständerats in dieser Session die Gewerkschaftsinitiative für eine 13. AHV-Rente ab. Dabei würden damit die Renten für alle sofort um 8,3 Prozent verbessert.

### Mietrecht: Leichter aufschlagen, einfacher rauswerfen.

Seit Jahren reichen Vertreterinnen und Vertreter der Immobilienlobby im nationalen Parlament Vorstoss um Vorstoss ein, um das bereits eher schwache Schweizer Mietrecht weiter auszuhöhlen. In dieser Session sind jetzt die ersten zwei Gesetzesvorlagen aufgrund solcher Vorstösse im Nationalrat behandelt worden. Sie kamen – wenig überraschend – dank Stimmen aus SVP, FDP,

### JETZT UNTERSCHREIBEN

Der Mieterinnen- und Mieterverband hat einen Appell lanciert, um den rechten Parlamentarierern klarzumachen, dass er keine Schwächung des Mietrechts akzeptieren wird. [rebrand.ly/mv-appell](https://rebrand.ly/mv-appell)



GLP und Mitte durch. Beim einen geht es um die leichtere Kündigung von Mietverträgen insbesondere bei Untermiete. Eine Mieterin soll zum Beispiel künftig aus ihrer Wohnung geworfen werden können, nur weil sie vergessen hat, eine Änderung im Untermietvertrag mitzuteilen. Das zweite Gesetz will konkret, dass bei Kündigung wegen «Eigenbedarf» – also wenn ein Vermieter eine Wohnung für sich selber oder ein Familienmitglied beansprucht – nicht mehr nachgewiesen werden muss, dass dieser Anspruch «dringlich» ist.

Die rechten Parteien wenden jetzt beim Mietrecht die gleiche Taktik an, wie sie es bei Steuergesetzesvorlagen tun: Sie teilen ihren grossen Plan in Einzelvorlagen auf mit der Hoffnung, den fortschrittlichen Kräften im Land fehle irgendwann die Kapazität, jede Verschlechterung zu bekämpfen. Doch wie bei den Steuervorlagen haben sie sich getäuscht: Der Mieterinnen- und Mieterverband (MV) hat bereits angekündigt, für jede einzelne Abbauvorlage das Referendum zu ergreifen. Um den bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentariern diese Entschlossenheit eindrücklich in Er-

innerung zu bringen, hat der MV einen Appell lanciert (siehe Kasten).

### Scherbenhaufen BVG: Noch mehr bezahlen für noch weniger Rente.

Das Pensionskassensystem ist seit Jahren in der Krise. Für immer höhere Beiträge erhalten wir immer weniger Rente. In den letzten 15 Jahren sanken die BVG-Renten real um fast 9 Prozent. Zur tiefen Verzinsung und den extremen Senkungen bei den Umwandlungssätzen kommt nun der fehlende Teuerungsausgleich auf die BVG-Renten hinzu. Allein deswegen verlieren Neurentnerinnen und -rentner bis Ende 2024 eine ganze Monatsrente. Und: Viele Lohnabhängige, besonders Frauen, erhalten keine oder nur eine mickrige BVG-Rente, weil sie während ihres Arbeitslebens zu wenig verdienten. Ein von den Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden ausgehandelter Kompromiss hätte wenigstens die schlimmsten Mängel beseitigt. Das sah auch der Bundesrat so und erhob den «Sozialpartner-Kompromiss» zu seiner Vorlage.

Ursache für die Pensionskassen-Krise ist das System. Das BVG basiert darauf, mit dem Geld der Versicherten im internationalen Finanzcasino und auf dem Immobilienmarkt zu spekulieren. Das ist in erster Linie für Banken und Versicherungen ein lohnendes Milliardengeschäft (nachzulesen hier: [rebrand.ly/bvg-selbstbedienung](https://rebrand.ly/bvg-selbstbedienung)). Das will sich die Finanzindustrie nicht vermiesen lassen – und hat darum ihre Parlamentarierinnen und Parlamentarier ans Werk geschickt. Und diese lieferten: Aus einer halbwegs sozialverträglichen Revision bastelten sie auf dem Buckel aller Nicht-Superverdienenden eine drei Milliarden Franken teure Abbauvorlage. Wird sie umgesetzt, bezahlen alle noch mehr für die Pensionskasse und bekommen noch weniger Rente (was bisher geschah: [rebrand.ly/unsoziales-theater](https://rebrand.ly/unsoziales-theater)). Und ganz besonders die Frauen. Diesen hatten die bürgerlichen Frauen, allen voran jene der GLP, im Abstimmungskampf um die AHV-21-Abbauvorlage versprochen, für das höhere Rentenalter gebe es dann Verbesserungen beim BVG. Selbstverständlich ein leeres Versprechen.

Über der ganzen teuren Bastelei an der Vorlage ist es mittlerweile auch den Bauern und dem Gewerbeverband nicht mehr ganz so wohl. Gut möglich, dass ihre Vertretenden im Parlament bei der Schlussabstimmung (nach work-Redaktionsschluss am 15.3.) die Reissleine ziehen. Sollte die völlig missglückte Vorlage die Schlussabstimmung in den Räten überleben, werden die Gewerkschaften das Referendum ergreifen.



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## KRIEG IN DER UKRAINE

Wie wird der fürchterliche russische Vernichtungskrieg gegen das ukrainische Volk enden? Niemand weiss die Antwort. Sicher ist bloss, dass jeder vernünftige Mensch das möglichst unmittelbare Ende dieses Massakers herbeiwünscht. Viele Zehntausende junge russische und ukrainische Soldaten,

**Der Bundesrat muss die Oligarchengelder beschlagnahmen und enteignen.**

viele Hunderttausende ukrainische Frauen, Kinder und Männer sind ermordet, verletzt, gefoltert, in die

Flucht vertrieben worden, seit Wladimir Putin am 24. Februar 2022 seine Horden gegen den souveränen Uno-Mitgliedstaat Ukraine losgeschickt hat.

**TERROR.** Dass Putin plötzlich zur Vernunft käme und sinnvollen Waffenstillstandsverhandlungen zustimmen würde, ist unwahrscheinlich. Im Zweiten Tschetschenienkrieg 1999–2009 hat er fast die Hälfte der tschetschenischen Bevölkerung töten lassen und die Hauptstadt Grosny dem Erdboden gleichgemacht. Das syrische Volk erhob sich 2011 gegen den blutrünstigen Tyrannen Baschar al-Asad. Die Bombardements der russischen Luftwaffe auf Spitäler, Schulen, Wohnquartiere sicherten Asad das vorläufige Überleben.

Der Herrscher im Kreml kennt nur den Frieden der Friedhöfe. Wo ist die Hoffnung? In der eindrücklichen Widerstandskraft und dem fast unglaublichen Mut der Ukrainerinnen und Ukrainer. Nur wenn auf dem Schlachtfeld die ukrainische Armee schliesslich den Eindringling besiegt, kann die demokratisch gewählte Regierung von Kiew Waffenstillstands- und dann Friedensverhandlungen eröffnen. Wann und zu welchen konkreten Bedingungen das geschieht, kann nur das ukrainische Volk entscheiden.

**HILFE.** Was heisst das für die Schweiz? Wie alle anderen westlichen Demokratien müssen wir der Ukraine möglichst effizient Hilfe leisten. 80 Prozent des russischen Erdöls wurden 2021 über den Finanzplatz Schweiz – insbesondere über Genf und Zug – gehandelt. Der Bundesrat muss diesen Handel stoppen, die Oligarchengelder beschlagnahmen und (nach einer Gesetzesreform) enteignen. Schweizer Unternehmen müssen Russland verlassen. Die EU-Sanktionen müssen sofort und ausnahmslos vom Bundesrat umgesetzt werden.

Was ist mit der Neutralität? Die Schweiz ist seit dem vergangenen 1. Januar Mitglied des Uno-Sicherheitsrats. Am 8. Februar hielt die Uno-Exekutive bereits die dritte Sondersession betreffend russische Aggression.

**GREUEL.** Die kluge, hochkompetente Basler Sozialdemokratin Pascale Baeriswyl vertritt unser Land bei der Uno in New York. Laut Protokoll stimmte sie für die Resolution, die die russischen Kriegsgreuel verurteilte.

Wörtlich sagte die Schweizer Botschafterin Baeriswyl: «Die Neutralität der Schweiz steht ausser Zweifel. Es besteht keine Neutralität bei Verletzung des Völkerrechts oder der Uno-Charta.» Botschafterinnen und Botschafter haben ein Imperativmandat. Sie reden und stimmen nicht nach eigenem Willen, sondern nur nach Vorgabe ihrer Regierung.

Schlussfolgerung: Seit dem 9. Februar ist die Neutralitätsfrage entschieden: Bei Menschenrechtsverletzungen und Aggressionskriegen gibt es keine Neutralität.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrats und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam letzten Frühling als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



«NON À LA RÉFORME!»: Hunderttausende protestieren in Paris gegen Macrons Rentenpläne. FOTO: GETTY

Rentenreform in Frankreich: Jetzt knipsen die Arbeitenden das Licht aus

# Blackout für Präsident Macron

Millionen Menschen streiken und protestieren seit zwei Monaten gegen die Erhöhung des Rentenalters. Doch Emmanuel Macron will sie gegen die Mehrheit erzwingen. Das dürfte schiefliegen.

OLIVER FAHRNI

Büezerinnen und Büezer der Gewerkschaft CGT haben die vier Flüssiggas-Terminals Frankreichs unter ihre Kontrolle genommen. Ebenso die 14 grossen Gaslager. Sie drohen, dem Land den

**Sogar Macron-Gläubige haben die Reform längst zerzaust.**

Hahn abzudrehen, falls Präsident Emmanuel Macron seine Rentenreform gegen die Mehrheit mit Gewalt durchzwingt. Drei Viertel der Bevölkerung und alle acht Gewerkschaftsbünde lehnen die Erhöhung des Rentenalters scharf ab.

Machen die Gaser ernst, hätte das drastische Folgen. Die Wirtschaft käme ins Stottern. Die Versorgung wieder hochzufahren würde drei Wochen dauern, denn nach einem Lieferstop muss der Gasdruck in jedem Haushalt und in jedem Betrieb einzeln neu aufgebaut werden. Streikführer Sylvain Chevalier (CGT) zur rabiaten Drohung: «Wenn Macron nicht mit uns reden will, soll er uns fühlen.» Bis zum 7. März habe man sich an die Regeln gehalten, man habe brav demonstriert und ein bisschen gestreikt, doch «jetzt zwingt uns der Präsident zu entschiedenen Massnahmen».

## UNSINNIGE REFORM

An neun Aktions- und Streiktagen haben die Gewerkschaften, unterstützt von der Linken, von Frauenorganisationen und der Klimajugend, Millionen Menschen auf die Strasse gebracht. Der Protest wuchs zur grössten sozialen Bewegung seit 1968. Dass sich alle Gewerkschaften, von der radikalen SUD bis zur reformistischen CFDT und zur Kaderorganisation CFE-CGC, in dieser historischen Einheitsfront, «Intersyndicale», fanden, zeigt den brutalen Unsinn der Reform. Sie ist unnötig (das Rentensystem ist finanziell gesichert), und sie trifft vor allem Frauen, Millionen von Tiefentlohnenden, Menschen, die jung ins Arbeitsleben einsteigen, und Arbeitende in gesundheitlich schwer belastenden Berufen. Bezeichnend, dass sich dem Protest auch etliche Arbeitgeber des Baugewerbes anschlossen.

Nachdem am 8. März 3 Millionen Demonstrierende in 250 Städten den Rückzug der Reform gefordert hatten, verlangte die Intersyndicale ein Treffen mit Macron. Der Präsident zeigte ihnen den Stinkefinger. In Macrons brieflicher Absage identifizierten die Gewerkschaften 15 dreiste Lügen, die seine Reform rechtfertigen sollen. Der Sinn der Botschaft war klar: Was ihr sagt, interessiert mich nicht. Ich kann mit euch machen, was immer ich will.

Viel mehr blieb ihm auch nicht übrig. Denn Ökonomen, Rentenfachleute und Politikforscherinnen, sogar Macron-Gläubige haben die Reform längst nach Strich und Faden zerzaust. Kein Argument Macrons hielt der Überprüfung stand.

## MINISTER IM DUNKELN

CGT-Chef Philippe Martinez erkennt in der Reform einen weiteren Schritt Macrons zur Zerschlagung des Sozialsystems. Zuletzt hatte der Präsident im Januar den Zugang zur Arbeitslosenversicherung so hart eingeschränkt, dass heute nur noch 36 Prozent der Jobsuchenden überhaupt ein Recht auf Arbeitslosengeld haben. Viele sind auf Sozialhilfe angewiesen. Die beträgt gerade mal 500 Euro pro Monat. Die Schlangen in Frankreichs Armenküchen werden länger. Und bald werden sich da auch noch Zehntausende Rentnerinnen einreihen: Es ergibt keinen Sinn, das Rentenalter auf 64 zu erhöhen, wenn 40 Prozent der 55jährigen keinen Job mehr finden. Doch es ist bezeichnend für eine Regierung, in der 19 Ministerinnen und Minister Millionäre sind.

Nun aber sehen etliche Arbeitende rot. Etwa die Leute von den Elektrizitätswerken. Sie wollen den Konflikt radikalisieren. Die Stadt von Arbeitsminister Olivier Dussopt, Annonay im Rhonetal, legten sie kurzerhand in Dunkelheit. Mindestens drei macronistische Politiker hängten sie vom Stromnetz ab. Lächelt ein Gewerkschafter: «Wir verordnen ihnen einen sparsamen Stromverbrauch.» Und Anfang März kappten sie nördlich von Paris dem Gebiet um die Sportanlage Stade de France den Saft. Ein Warnschuss: Dort startet demnächst die Rugby-WM, und 2024 finden in Paris die Olympischen Spiele statt.

Präsident Macron versucht, den wachsenden Zorn auszusitzen. Dieser Tage will er die Vorlage mit antidemokratischen Tricks durchs Parlament zwingen. Danach, so spekuliert er, werde die Gewerkschaftsfront zerbrechen. Denn CGT und CFDT trennen zwei gewerkschaftliche Kulturen: Für die CFDT steht Verhandeln über allem. Die CGT hingegen weiss, dass sozialer Fortschritt in Frankreich nur durch harten Konflikt erzwingen werden kann.

## ERST DER ANFANG

Diverse Ausfälligkeiten von Macronisten aber belegen, wie nervös die Regierung ist. Sie hat etliche Unbekannte in ihrer Rechnung, selbst wenn CFDT und die Kader ausscheren sollten. Niemand weiss, ob die Gewerkschaftsbasis nicht eigene Wege geht. Und einzelne Gewerkschaften innerhalb der CGT und SUD sind bereit, den Verkehr, die Bahn und die Energieversorgung stillzulegen, also das ganze Land. An den Universitäten wächst der Aufruhr. Gelbwesten haben sich schon wieder auf diversen Kreuzungen zum aufständischen Barbecue installiert.

In einer vierstündigen Diskussionsendung auf dem Internetmedium Mediapart waren sich am 13. März rund 50 Streikende in einem Punkt einig: «Diese Bewegung hat gerade erst begonnen.»

Genfer Nationalrätin, Historikerin und Arbeiterkind: Stéfanie Prezioso über den Faschismus in Italien und die neue PD-Chefin Elly Schlein

# «Hoffnung für die frustrierte Jugend Italiens»

Die neue Vorsitzende von Italiens Demokratischer Partei, Elly Schlein, will der neofaschistischen Regierungschefin Giorgia Meloni die Stirn bieten. work hat mit der linken Genfer Nationalrätin und Faschismuskforscherin Stéfanie Prezioso über das ungleiche Kräfteverhältnis gesprochen.

OLIVER FAHRNI

**work:** Frau Nationalrätin, wie dürfen wir Sie nennen? In Ihrem Pass steht Stefania, Ihre Texte und Bücher aber signieren Sie als Stéfanie.

**Stéfanie Prezioso:** In der Arbeiterkultur von La Chaux-de-Fonds, wo ich geboren wurde, war Stefania kein Problem. Mein Vater kam aus Neapel, meine Mutter aus Sizilien. Sie war Feministin und Mitglied der Kommunistischen Partei, das war aussergewöhnlich in jener Zeit. Als meine Eltern in der Uhrenkrise vor 1980 ihre Arbeit verloren, sind wir nach Yverdon umgezogen. Dort haben sie einen kleinen Laden betrieben, und ich habe als Immigrant\*in zum ersten Mal Ausgrenzung, Diskriminierungen und Fremdenfeindlichkeit erlebt. Da war es einfacher, mich Stéfanie zu nennen (sie lächelt). Aber es ist dieselbe Frau ...

**Sie beschreiben das ziemlich unaufgeregt.** Manchmal war es schon hart. Jedenfalls weiss ich, wie sich heute Migrant\*innen oder Flüchtlinge unter dem täglichen SVP-Rassismus fühlen müssen.

**Inzwischen kennt man Sie als international anerkannte Historikerin des italienischen Faschismus. Im vergangenen Oktober hat Italien die Neofaschistin Giorgia Meloni zur Regierungschefin gewählt. Waren Sie überrascht, dass Ihr Thema plötzlich so brennend aktuell war?**

Nein, wie hätte mich das überraschen können? Meloni ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Entwicklung, einer Kontinuität. Die Bürgerlichen haben das Regime Mussolinis schon lange banalisiert und beschönigt. In den 1980er Jahren machten sie Stimmung gegen links mit dem Slogan, weit schlimmer als der Faschismus sei der Antifaschismus. Silvio Berlusconi liess sich mit Mussolini vergleichen, 1995 baute er eine Koalition mit den Postfaschisten, und schon 2001 machte er den bekennenden Mussolini-Verehrer Gianfranco Fini zum stellvertretenden Regierungschef. Meloni stellt sich gerne als neue Antisystem-Politikerin dar, doch in Wahrheit war sie vor 15 Jahren unter Berlusconi Jugendministerin. Auch andere politische Kräfte sind Teil dieser Kontinuität. Die Lega von Matteo Salvini trennen nur Nuancen von Melonis Fratelli d'Italia, und sogar die Fünf-Sterne-Bewegung Beppe Grillo flirrt regelmässig mit rechtsextremen Themen, etwa der «Überfremdung». Wie der Historiker Emilio Gentile notierte: «In Italien ist der Faschismus nie verschwunden.»

**Logisch, schliesslich muss sie an die vielen Milliarden Euro kommen, welche die EU Italien versprochen hat. Hier liegt ein entscheidender Punkt. Melonis Wirtschaftspolitik ist neoliberal. Sie hat nichts gegen Privatisierungen und EU-Sparbefehle. Ihr ultrarechtes Programm geht mit den Interessen des Kapitals zusammen. Ein autoritärer Neoliberalismus gefällt den Aktionärinnen und Aktionären. Umso leichter fällt es ihr, die Respektable zu spielen. Aber damit täuscht sie niemanden wirklich. Die rechten Schläger, die Schüler in Florenz angegriffen haben, haben dieselbe Adresse wie die Fratelli d'Italia. Als die Schulleiterin den Überfall in einem Brief mit dem Aufstieg des Faschismus verglich, drohte ihr Melonis Minister mit Entlassung. Der Faschismus beginnt auf der Strasse.**

**Umso erstaunlicher, wie lau die Reaktion der Demokraten ausfiel. Gegen den rechts-extremen Anschlag auf die Gewerkschaft CGIL Ende 2021 hatten noch Hunderttausende demonstriert.** Stimmt. Fraglos ist Meloni die direkte Erbin des italienischen Faschismus. Sie ist fremdenfeindlich mit klar rassistischen Zügen. Sie verachtet die Demokratie und neigt einem autoritären Regime zu. Ihre Politik ist nationalistisch und bru-



NATIONALRÄTIN UND FASCHISMUSEXPERTIN STÉFANIE PREZIOSO: «Der Aufstieg der Rechtsextremen wäre ohne die Krise der Linken nicht möglich gewesen. Diese hat sich quasi in Luft aufgelöst.» FOTO: THOMAS KERN

tal patriarchalisch strukturiert. Sie ist eine militante Christin, antisozial, antigewerkschaftlich, antiökologisch. Doch frage ich mich, ob historische Etiketten wie Post- oder Neofaschismus nützlich sind, um das Phänomen der stark gewachsenen extremen Rechten in seiner ganzen aktuellen Dimension wirklich zu verstehen und zu bekämpfen.

**Meloni zeigt sich bisher eher gemässigt.** Logisch, schliesslich muss sie an die vielen Milliarden Euro kommen, welche die EU Italien versprochen hat. Hier liegt ein entscheidender Punkt. Melonis Wirtschaftspolitik ist neoliberal. Sie hat nichts gegen Privatisierungen und EU-Sparbefehle. Ihr ultrarechtes Programm geht mit den Interessen des Kapitals zusammen. Ein autoritärer Neoliberalismus gefällt den Aktionärinnen und Aktionären. Umso leichter fällt es ihr, die Respektable zu spielen. Aber damit täuscht sie niemanden wirklich. Die rechten Schläger, die Schüler in Florenz angegriffen haben, haben dieselbe Adresse wie die Fratelli d'Italia. Als die Schulleiterin den Überfall in einem Brief mit dem Aufstieg des Faschismus verglich, drohte ihr Melonis Minister mit Entlassung. Der Faschismus beginnt auf der Strasse.

**Umso erstaunlicher, wie lau die Reaktion der Demokraten ausfiel. Gegen den rechts-extremen Anschlag auf die Gewerkschaft CGIL Ende 2021 hatten noch Hunderttausende demonstriert.** Stimmt. Fraglos ist Meloni die direkte Erbin des italienischen Faschismus. Sie ist fremdenfeindlich mit klar rassistischen Zügen. Sie verachtet die Demokratie und neigt einem autoritären Regime zu. Ihre Politik ist nationalistisch und bru-

gewesen. Diese hat sich quasi in Luft aufgelöst. Links ist praktisch eine Wüste.

**Dabei war die Kommunistische Partei Italiens über Jahrzehnte die stärkste politische Kraft im Lande, mit einer eigenen Kultur.** Tempi passati. Die KP, diese grosse antifaschistische Kraft, hat sich zuerst mit den Resten der Christdemokraten verschmolzen, dann in mehreren Etappen zur Demokratischen Partei (PD) verdimmt. Schliesslich hat sie sich 2014 unter Matteo Renzi sogar hart neoliberal gegen die Arbeitenden und die Gewerkschaften gewendet. Seither sind ihr die Mitglieder davongelaufen. Und in diesen Strudel der Selbstauflösung hat sie die anderen linken Bewegungen mitgerissen, sogar die Refondazione, die 2010 noch eine nationale Kraft war.

**Trotzdem bleibt der PD die einzige ernstzunehmende Partei, die sich «links» nennt?** Ja, aber eine Partei ohne Klassenbewusstsein und ohne glaubhafte Vision für die Zukunft, ohne Horizont, ohne Hoffnung. Die Chefs der Demokraten tragen eine hohe Verantwortung am Malaise und der Verwirrung der italienischen Gesellschaft.

**Die gute Nachricht aber heisst: die Meloni lebt. Ende Februar hat der PD mit Elly Schlein eine Aussenseiterin zur neuen Vorsitzenden gewählt. Es war eine kleine Revolution. In der Nacht ihrer Wahl jubelte Schlein: «Sie haben uns nicht kommen sehen.»** Elly Schlein hat die Wahl unter den PD-Mitgliedern verloren, dann aber die Wahl der Sympathisanten deutlich für sich entschieden. Sie ist ge-

wissermassen um die Partei herumgegangen, um ihre Führung zu übernehmen. 2015 hatte sie die Partei verlassen, aus Protest gegen Renzi's «Job-Act», der die Rechte der Arbeitenden zugunsten des Kapitals geschleift hat. Mit der Protestbewegung «Occupy PD» hat sie damals eine Linkswende gefordert. Wieder in die Partei eingetreten ist sie erst kurz vor dieser Wahl.

**Kann das funktionieren? Es gibt einen Spruch bei den Demokraten: Wer die Primärwahl gewinnt, verliert die Partei.** Stimmt. Sie muss mit erheblichen Widerständen rechnen. Die alten Seilschaften, die diese frühere Volkspartei heruntergewirtschaftet und ausgehöhlt haben, sind alle noch da. Ihr schwierigster Job wird sein, den PD zusammenzuhalten. Sie baut auf Trümmern. Die alte Führungsclique hat ganze Regionen, die früher links gewählt hatten, aufgegeben und viele Hoch-

**«... sie hat nichts gegen Privatisierungen und EU-Sparbefehle.»**

HISTORIKERIN STÉFANIE PREZIOSO

gewinnen, muss sie nun sehr schnell viele der Enttäuschten, die sich vom PD abgewandt haben, zurückholen, zuvorderst die Sympathisantinnen und Sympathisanten, die an der Primärwahl teilgenommen haben. Leicht wird das nicht. Hört man, dass rund eine Million Menschen zu ihrer Urwahl gegangen sind, tönt das gut. Doch muss man wissen, dass es etwa bei den Primärwahlen von 2007 drei Millionen waren.

**Wird Schlein sich, wie die französische Linke, auf starke soziale Bewegungen stützen können?**

In Italien gibt es die alternativen Gewerkschaften, die autonomen Sozialzentren, die Frauen- und die Klimabewegung. Aber im Unterschied zu Frankreich sehe ich derzeit keine starken Bewegungen. Nur kann es gut sein, dass sie nun im Kampf gegen Melonis Politik, der einen langen Atem braucht, wachsen und sich strukturieren.

**Schlein will die sozialen Ungleichheiten bekämpfen, die Gleichstellung fördern, die wachsende Armut mit einem Grundeinkommen bekämpfen, die öffentliche Gesundheitsversorgung retten und den Klimawandel stoppen. Erwärmt Meloni da eine starke, antifaschistische Konkurrenz?** Man möchte es Schlein und Italien wünschen. Ihr Programm verrät uns, wer der Elefant im Raum ist: das Kapitalismusproblem. Ohne Um- und Rückverteilung, ohne gestaltende Eingriffe in die Ökonomie und ohne radikale Demokratisierung hat diese hoffnungsvolle Vision wenig Chancen. Elly Schleins Wirtschaftsprogramm liest sich eher konventionell. Zudem will sie eine Koalition mit der Fünf-Sterne-Bewegung, die ihr die Hände binden könnte. Doch gerade bei einem grossen Teil der Jugend, die sich frustriert von der Politik abgewandt hatte, kann Schleins Wahl ein neues Engagement wecken. Hoffnung ist ein mächtiger politischer Stoff.

**Stéfanie Prezioso, 54, ist Professorin für Geschichte an der Uni Lausanne und Nationalrätin der linken Genfer Koalition «Ensemble à gauche». Sie versteht sich als «Basis-Militante» sozialer Bewegungen im Bundeshaus.**

Wer hat Angst vor Elly Schlein?

## Die Anti-Meloni

Elly Schlein, 38, hat dieser Tage die Demokratische Partei (PD) im Handreich genommen, gegen den Favoriten, den PD-Apparatschik Stefano Bonaccini. Sie ist die erste Frau an der Spitze der Partei. Am Wahlabend sagte sie dem jungen Team, das ihre Kampagne mit ungewöhnlichen Mitteln geführt hatte: «Sie haben uns schon wieder nicht kommen sehen.»

**INTERNATIONAL.** Elena Ethel Schlein wurde in Lugano geboren, als Tochter einer italienischen Rechtsprofessorin und eines US-



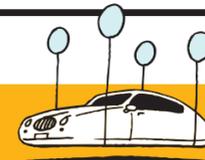
ERSTE PD-CHEFIN: Schlein überflügelte den Favoriten Bonaccini mit 53,8 Prozent der Stimmen. FOTO: KEY

Politologen. Mütterlicherseits stammt sie von einer toskanischen Anwalts- und Politikefamilie ab, väterlicherseits von ukrainischen Juden, die in die USA emigriert waren. Sie besitzt

**Eigentlich hatte Schlein das falsche Profil für den inzwischen sehr bürgerlich-biedereren PD.**

die italienische, die schweizerische und die US-amerikanische Staatsbürgerschaft. Nach dem Studium lernte sie ihr politisches Handwerk in Washington bei der Kampagne von Barack Obama. 2014 wurde sie für den PD ins Europäische Parlament gewählt. Bereits im Jahr darauf trat Schlein in Konflikt mit Partei- und Regierungschef Matteo Renzi, der die frühere KP Italiens weit nach rechts geführt hatte. Sie verliess die Partei im Protest über Renzis neoliberale Wende. 2020 machte sie ihr Coming-out, am TV bekannte sie, mit einer Frau zusammenzuleben.

**MUTIG.** Ihre Parteikarte nahm Schlein erst wieder auf, als der PD im Oktober 2022 eine katastrophale Wahlniederlage einführte und Parteichef Enrico Letta zurücktrat (der PD hatte ihn für die Wahlen extra aus einem hochrangigen Job in Paris weggelockt). Indirekte Folge des Letta-Flops: Die Neofaschistin Giorgia Meloni übernahm die Macht in Rom. Einer Freundin vertraute Schlein an: «In diesem Moment schrie alles in mir: Resistenza!» Ihr antifaschistisches Erbe hatte gesprochen. Eigentlich hatte sie das falsche Profil für den inzwischen sehr bieder-bürgerlichen PD, der sich weit von seiner früheren Basis – Arbeiterinnen und Arbeiterinnen und Lehrern, öffentlichen Angestellten und linker Intelligenz – entfernt hatte. Als Trümmerfrau muss sie die Partei nun retten und neu aufstellen, sie muss eine Anti-Meloni-Koalition in der politischen Mitte bauen und gleichzeitig den PD aus dieser Mitte nach links herausführen. Elly Schlein traut sich da einiges zu. (olf)



# Solartreibstoff: Rettet ein ETH-Start-up die Verbrennerautos?

Die EU will ab 2035 neue Autos verbieten, die Diesel und Benzin verbrennen. Dies im Gegensatz zu China und den USA. Und auch die einst umweltfreundlichere Schweiz hinkt einmal mehr hinterher. Dabei zeigen die Trends: Die Verbrenner könnten vielleicht bald überholt sein.

Es scheint, dass sich zurzeit viele Dinge gleichzeitig bewegen. Zumindest wenn wir den Ankündigungen glauben wollen.

**Trend 1: Verbrenner weg.** Die lange Zeit verteuerte EU will ab 2035 den Verkauf neuer Verbrennerautos verbieten. Die FDP in Deutschland versucht dies zu verhindern. Porsche-Fahrer und Parteichef Christian Lindner möchte auch nach 2035 noch einen neuen Porsche 911 mit Verbrennungsmotor kaufen und fahren dürfen. Wenn dieser mit dem synthetischen Kraftstoff E-Fuel betankt werde. Das Problem: Man muss 100 Kilowattstunden Strom produzieren, um 13 Kilowattstunden Gummiabrieb auf den Asphalt zu bringen. Ein Wahnsinn, den sich nur Reiche leisten können.



SONNE ZU TREIBSTOFF. Zig Spiegel-Panels reflektieren in der Testablage in Jülich (D) Sonnenlicht an einen Solarempfänger am Turm. Dieser erzeugt die nötige Hitze zur Kerosin-Produktion. FOTO: SYNHELION

**Trend 2: Verbrenner vielleicht doch nicht weg.** Synhelion ist ein Schweizer Start-up. Ein Kind der ETH Zürich. Am Unternehmen beteiligt ist neben anderen auch die Fluggesellschaft Lufthansa, die Mutter der Swiss. Die Synhelion-Forscherinnen und -Forscher wollen mit der Kraft der Sonne direkt synthetische Kraftstoffe produzieren. Dieses Jahr soll in der deutschen Stadt Jülich eine Testanlage in Betrieb gehen. Ende 2026 ein grösserer Brummer in Spanien.

2030 sollen so 875 Millionen Liter synthetisches Kerosin, Benzin und Diesel produziert werden. Das macht 100 Liter pro Nase in der Schweiz. Und das zu einem Preis von 1 Franken pro Liter. Kleine Menge, aber vertretbarer Preis.

**Trend 3: Pro Kilo Batterie 1,2 Kilowattstunden Strom speichern.** Viele glauben, dass sich auch in der Luftfahrt auf kurze und mittlere Distanzen batteriegetriebene Maschinen durchsetzen werden.

Das grosse Problem: Batterien können pro Kilo bisher zu wenig Wattstunden Strom speichern. Amerikanische Forscher aus Illinois vermelden nun, dass sie eine Feststoffbatterie mit einer Speicherkapazität von 1200 Wattstunden pro Kilo entwickelt hätten. Noch sei die Lebensdauer ein Problem, das noch zu lösen sei. Was bedeutet das für Ottilia Normalverbraucherin? Eine 120-Kilowattstunden-Batterie, mit der ein elek-

trischer Mittelklassewagen ohne nachzutanken 800 Kilometer weit fahren kann, würde nur mehr 100 Kilo wiegen.

**Trend 4: Elon Musk und die Wärmepumpen.** Man müsste Luft-Wasser-Wärmepumpen samt Steuerungen so effizient produzieren wie Waschmaschinen oder Autos. Sie wären fünf- bis zehnmals billiger als heute. Und würden sich in Kombination mit Solar- und Windenergie flächendeckend durchsetzen. Hätte, hätte, Fahrradkette: Der US-Unternehmer und Mitarbeitenden-Schinder Elon Musk ist der Weltmeister in Sachen Ankündigungen. So will er 2030 zehn Millionen Autos produzieren lassen. Darunter auch einen nur 25000 Franken teuren Tesla für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Nicht genug: Er kündigt auch an, dass er vielleicht in den Markt der Luft-Wasser-Wärmepumpen einsteigen werde. Ein Elektroschock für die heutigen Hersteller. Sie müssen mit Vorteil – und das im Gegensatz zu den Autobauern – schneller sein als Elon Musk.

Keine Suppe wird so heiss gegessen wie gekocht. Das gilt auch für Ankündigungen im Bereich des technischen Fortschritts. Aber oft geht es plötzlich schneller, als alle denken.

## LINKS ZUM THEMA:

- [rebrand.ly/eth-erfindung](https://rebrand.ly/eth-erfindung)  
Das ist das Team (suche die Frauen!), das mit der Hitze der Sonne Benzin, Diesel und Kerosin produzieren will. Wer hat es erfunden? Die ETH.
- [rebrand.ly/100-kilo-batterie](https://rebrand.ly/100-kilo-batterie)  
Wer etwas mehr über die 100-Kilo-Batterie wissen will, kann hier nachtanken.
- [rebrand.ly/musk-logik](https://rebrand.ly/musk-logik)  
Die Zeitschrift «Cash» selig war einst eine spannende Wirtschaftszeitung. Vorab dank den Artikeln von Wirtschaftsjournalist Werner Vontobel. Heute ist «Cash» ein Onlineportal, das für keine grossen Wellen mehr sorgt. Es findet Musks Idee logisch und folgerichtig.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»:  
[www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

INSERAT



## Bei uns ist 21 Mal im Jahr Frauentag.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) +++

# Studie beweist: Digitalisierung bedroht Gleichberechtigung Es ist Zeit für neue «Nerdinnen»!

In der Frühzeit der Computerentwicklung gab es fast nur Programmierinnen. Trotzdem halten sich Vorurteile über Frauen in der IT hartnäckig. Mit drastischen Folgen für die Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

RALPH HUG

Technik ist Männersache. Seit Jahrzehnten hören wir diesen Spruch. Selbst erfolgreiche Ingenieurinnen, Wissenschaftlerinnen und Computerfachfrauen konnten daran wenig ändern. Wie zum Beispiel Margaret Hamilton: Diese Frau programmierte Mitte der 1960er Jahre im Alter von 35 Jahren bei der amerikanischen Raumfahrtbehörde

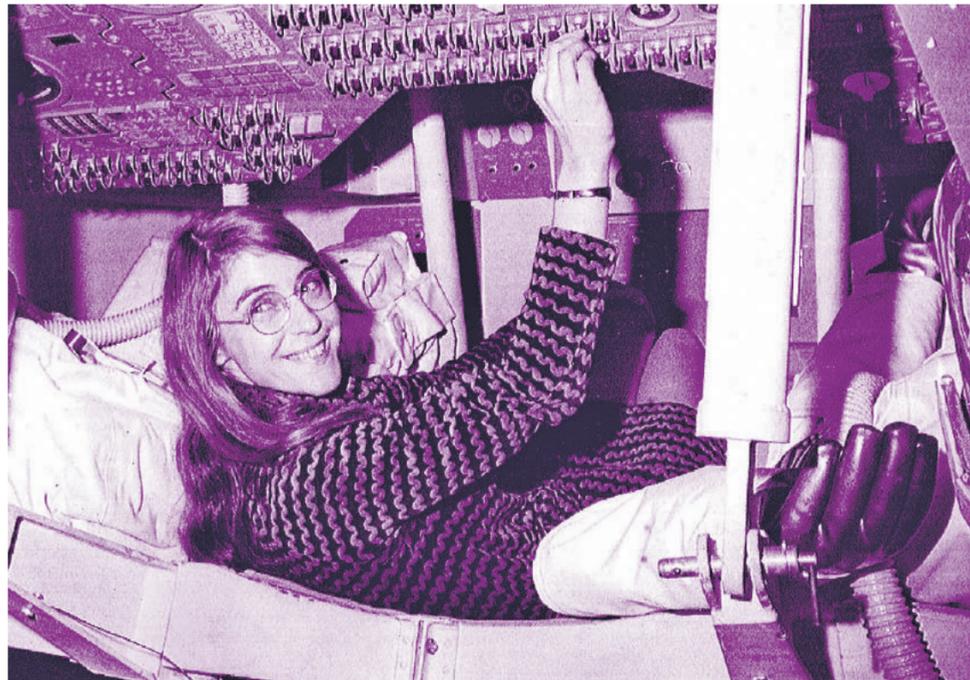
**Zu Beginn war die Softwareentwicklung ein Frauenberuf.**

Nasa den Code für die Computersysteme im Raumschiff Apollo 11. Wer kennt überhaupt ihren Namen? Erst 2016, im Alter von 80 Jahren, erhielt sie vom

damaligen US-Präsidenten Barack Obama eine Ehrenmedaille für ihre grossen Verdienste. Ganz zu schweigen von den Heerscharen von Frauen, die in der Frühzeit der Computerentwicklung das Programmierhandwerk erledigten, für das sich die Männer zu schade waren. Tatsächlich war die Softwareentwicklung früher fast ein reiner Frauenberuf.

## SPIELZEUG FÜR JUNGS

In der Ära der Digitalisierung aller Arbeitsbereiche hat das Vorurteil, Technik sei Männersache, ernste Konsequenzen. Denn Studien beweisen, dass es einen «Digital Gender Gap» gibt – eine Geschlechterkluft im Digitalbereich. Männer liegen bei digitalen Innovationen vorn, weil Frauen we-



**MUTTER DER MONDLANDUNG:** Die US-amerikanische Programmiererin Margaret Hamilton leitete die Softwareentwicklung für die Raumfahrtmission Apollo 11. FOTO: WIKIPEDIA

niger technologische Fähigkeiten zugeschrieben werden. Es gibt aber noch einen anderen Grund, wie Yvonne Lott sagt. Lott ist Geschlechterforscherin beim deutschen Böckler-Institut, das den Gewerkschaften nahesteht. In ihrem neuen Report weist sie darauf hin, dass Technik immer auch Macht bedeute. Und wo Macht winkt, sind Männer rasch zur Stelle. «Technologie wird typischerweise als «toys for the boys» betrachtet», hält Lott fest. Spielzeuge für Junge.

## DIGITALER RÜCKSTAND

Analysen zeigen, dass der technologische Wandel nicht unbedingt – wie einst befürchtet – massenhaft Jobs vernichtet. Sondern vielmehr Arbeit entwertet und verschlechtert. Davon sind aber häufig Frauen durch tiefere Löhne, geringere Anerkennung, höhere Arbeitsintensität und prekäre Anstellungsverhältnisse betroffen. Sie tragen die negativen Folgen im Digitalisierungsschub. In einer Befragung hat Forscherin Lott herausgefunden, dass Frauen seltener spezielle und komplexere Software benutzen. Noch seltener arbeiten sie mit Programmiersprachen. Der grösste Nachteil ergibt sich, wenn weibliches Geschlecht und kürzere Arbeitszeit zusammenkommen. Wer wie viele Mütter Teilzeit arbeitet, gerät am schnellsten in digitalen Rückstand. Yvonne Lott schreibt

in ihrer Studie: «Das Risiko besteht, dass die digitale Transformation die Geschlechterungleichheit auf dem Arbeitsmarkt verstärkt.»

## WO BLEIBT DIE «NERDIN»?

Besonders in der Informationstechnologie – der IT – hat sich eine tief verwurzelte, männerdominierte Szene ausgebreitet. Da wimmelt es von «Nerds», die nächtelang vor dem Bildschirm sitzen können. Frauen sind dagegen in vielen IT-Firmen in der Minderzahl. Und sie müssen sich im Job mehr behaupten als ihre männlichen Kollegen, bis sie anerkannt sind. Jede Softwarespezialistin und jede Programmiererin kann ein Lied davon singen.

Was tun? Gezielt weiterbilden, sagt die Autorin, den IT-Bereich für Frauen attraktiver machen und schon früh in den Schulen für eine geschlechtersensible Förderung der digitalen Fähigkeiten sorgen. Lott fordert aber auch eine neue Arbeitskultur: weg von überlangen Arbeitszeiten, weg vom Ideal von Menschen, die ganz im Job aufgehen und nichts anderes kennen als den Desktop. Die Entgrenzung der Arbeit sei ohnehin ungesund – sowohl für Frauen als auch für Männer.

Dr. Yvonne Lott: **Der Gender Digital Gap in Transformation?** WSI-Report Nr. 81, Februar 2023, Gratis-Download auf [wsi.de](http://wsi.de).

## Künstliche Intelligenz: Gefüttert mit Vorurteilen

Künstliche Intelligenz (KI) ist auf dem Vormarsch. So stark, dass schon diskutiert wird, ob KI bald schneller denkt als der Mensch. Doch eines wird oft vergessen: KI benachteiligt Frauen. Weil bei der Programmierung von Algorithmen nämlich geschlechtsspezifische Vorurteile einfließen. Unbemerkt, wie es bei Vorurteilen eben so ist. Studien haben gezeigt, dass Frauen etwa bei einer Stellenbewerbung im Nachteil sind, wenn die Personalabteilung bei der Auswahl auf KI-Unterstützung setzt. Auch sonst drohen Frauen in der Digitalisierung vielfältige Nachteile (work berichtet: [rebrand.ly/sextistischer-roboter](http://rebrand.ly/sextistischer-roboter)). (rh)

## workxl der wirtschaft

Daniel Lampart



## LOHN NACH DER LEHRE: 5000 FRANKEN SIND DAS MINIMUM

«Die Lehre ist der Königsweg.» So lautet ein Credo der Schweizer Bildungspolitik. In der Tat ermöglicht die Lehre den Zugang zu einer Vielzahl faszinierender und wichtiger Berufe. Umso bedenklicher ist es, dass die Löhne für Berufsleute mit einem Lehrabschluss in den letzten Jahren real gesunken sind. Zwischen 2016 und 2020 betrug der Rückgang fast 1 Prozent, während Mitarbeitende mit einem Hochschulabschluss mehr Lohn erhielten. Dabei wäre gerade für jene, die eine Lehre absolviert haben, eine Lohn-erhöhung dringend nötig! Denn ihre Löhne sind oft zu niedrig.

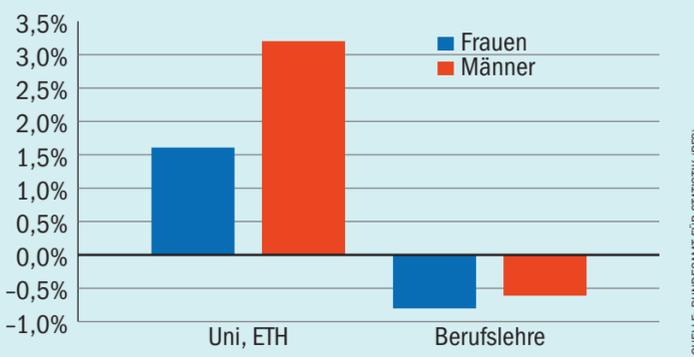
**REALLOHN SINKT.** So verdienen ein Viertel aller Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger mit einem eigenständigen Fähigkeitszeugnis (EFZ) weniger als 5000 Franken pro Monat. Und das bei einer Vollzeitstelle ohne 13. Monatslohn. Obwohl ihre Ausbildung drei Jahre gedauert hat. Die Liste der betroffenen Berufe ist lang. Und: Es sind vor allem Berufe mit einem hohen Frauenanteil. Oft handelt

es sich dabei um anspruchsvolle Arbeiten, die mit grosser Verantwortung verbunden sind, wie etwa jene der Kita-Mitarbeitenden, die sich um das Wichtigste für die Familien und die Gesellschaft kümmern – nämlich die Kinder. Oder Pharmaassistentinnen, die kranke Menschen beraten und Medikamente verkaufen. Oder die Bäcker-Konditoren, die mitten in der Nacht unser Brot herstellen.

**FACHKRÄFTE FEHLEN.** Bei den immer teurer werdenden Energiekosten, Mieten und Krankenkassenprämien wird es schwierig, mit einem solchen Lohn über die Runden zu kommen. Bisher beruhte der hohe Stellenwert der Berufslehre in der Schweiz auf der Vorstellung, dass Ausgelernte mit ihrem Lohn eine Familie ernähren können. Dies ist heute praktisch nicht mehr möglich. Die Folge: Viele Menschen geben ihren erlernten Beruf auf. Und die Arbeitgeber beklagen sich über einen Fachkräftemangel. Kinderkrippen und Bäckereien etwa haben es heute deutlich schwerer, genügend

## Ausgelernte haben immer weniger im Portemonnaie

Reallohntwicklung nach Ausbildungsstufen von 2016 bis 2020, Berufstätige ohne Kaderfunktion (in Prozent, Medianlöhne).



qualifizierte Mitarbeitende zu rekrutieren. Für den Gewerkschaftsbund ist klar: Berufsleute mit einer abgeschlossenen Berufslehre müssen mindestens 5000 Franken pro Monat verdienen. Diese Forderung soll nun in den Gesamtarbeitsverträgen und in den öffentlichen Anstellungsverhältnissen

umgesetzt werden. Damit sich die Lehre finanziell einigermaßen lohnt – und vor allem auch die klassischen Frauenberufe aufgewertet werden.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

## Feministische Lesung Lebenszeit umverteilen!

Bügler, bueze, chrapf, schaffe – ein enormer Teil unserer Lebenszeit geht allein für die Erwerbsarbeit drauf. Sorgearbeit, Beziehungen und Erholung kommen bei den meisten Menschen zu kurz. Diese Zeitarmut treibt uns in Verinselung und Erschöpfung, zerstört soziale Kontakte und macht politisches Engagement zum Privileg der nicht lohnabhängigen Klasse. Daher laute das Gebot der Stunde «Zeitgerechtigkeit». Davon ist die deutsche Feministin Teresa Bücker überzeugt. Es brauche eine radikale Umverteilung von Zeit. Was das genau bedeutet, erklärt die Journalistin in ihrem neuen Bestseller «Alle Zeit», mit dem sie zurzeit in mehreren Schweizer Städten zu Besuch ist. Schnell sein lohnt sich! Die ersten Veranstaltungen sind schon ausverkauft.

Lesungen am 19. März, 19 Uhr, Kaufleuten, Zürich; 20. März, 20 Uhr, Unternehmen Mitte, Basel; 21. März, 18 Uhr, Myle, Bern (ausverkauft). Mehr Infos auf: [rebrand.ly/zeitlos](http://rebrand.ly/zeitlos).

## Tanz-Doku

## Balanceakt Mutterschaft

Giulia Tonelli ist Tänzerin im Ballett Zürich. Was viele Ballerinas aufgrund ihrer Karriere sein lassen, hat sie gewagt: Sie wurde Mutter. Im berührenden Dokfilm



**Balletttänzerin Giulia Tonelli.** FOTO: PD

«Becoming Giulia» zeigt Regisseurin Laura Kaehr, wie Tonelli den Spagat zwischen Tanzkarriere und Mutterschaft meistert. Nur drei Monate nach der Geburt trainiert die Ballerina wieder an der Ballettstange – körperlich und mental eine enorme Belastungsprobe. Und die Arbeitszeiten sind auch für die Kinderbetreuung herausfordernd. Doch Tonelli gelingt der Balanceakt, obwohl die Schweizer Tanzszene für Mütter heute noch ein hartes Pflaster ist.

**Becoming Giulia** von Regisseurin Laura Kaehr läuft ab dem 23. März in diversen Kinos in der Deutschschweiz.

## Ratgeber für Lernende

## Kennt eure Rechte!

Lernende aufgepasst: Müsst ihr eure Berufskleider wirklich selbst bezahlen? Ist eine viermonatige Probezeit in der Lehre legal? Und darf die Lehrmeisterin euch mit Bussen bestrafen? Nein, nein und nein, lautet die korrekte Antwort. Zu finden ist sie heute in Sekundenschnelle – und zwar im frisch aktualisierten Onlineratgeber «Ich kenne meine Rechte» vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB). Er ist DAS Nachschlagewerk zum Arbeitsrecht in der Berufslehre, enthält über 500 Stichwörter von A bis Z und erklärt alles, was es zur Berufslehre zu wissen gibt.

Den Lernenden-Ratgeber des SGB gibt's gratis als Download unter [rebrand.ly/stifti](http://rebrand.ly/stifti) oder für 5 Franken als Buch zu bestellen.



**Das offene Ohr**

Marina Wyss  
von der Unia-Rechtsabteilung  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

## Ferien I: Kürzung wegen Vaterschaftsurlaubs?

Wegen eines Unfalls war ich letztes Jahr bei der Arbeit 3 Monate abwesend. Ausserdem ist mein Sohn zur Welt gekommen, und ich habe zwei Wochen Vaterschaftsurlaub bezogen. Ich habe gemäss meinem Arbeitsvertrag Anspruch auf fünf Wochen Ferien. Mein Chef hat meinen Ferienanspruch für 2022 nun aber um 5,2 Tage gekürzt. Ist das richtig?

**MARINA WYSS:** Nein, die Berechnung ist in Ihrem Fall nicht korrekt. Zwar sieht das Gesetz bei unverschuldeten Abwesenheiten von mehr als einem Monat tatsächlich vor, dass die Ferien gekürzt werden können. Für jeden vollen Monat darf der Ferienanspruch um einen Zwölftel gekürzt werden, wobei der erste Monat nicht zählt. In Ihrem Fall ist die Kürzung allerdings zu hoch, weil das Gesetz eine Reihe von Ausnahmen kennt, bei denen kein Ferienabzug gemacht werden darf. Eine davon ist der Vaterschaftsurlaub. Somit dürfen 2 Wochen (also 0,5 Monate) nicht zur Arbeitsabwesenheit dazugezählt werden. Ihr Chef darf also nur die Abwesenheit von zwei vollen Monaten berücksichtigen. Daraus ergibt sich eine Kürzung von 4,16 Ferientagen. Je nachdem, in welcher Branche Sie arbeiten, ist auf Ihr Arbeitsverhältnis auch ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) anwendbar. Dieser kennt allenfalls eine Regelung, mit der Sie bessergestellt sind. So oder so hat Ihr Chef aber Ihre Ferien um mindestens einen Tag zu viel gekürzt.



**PAPAGLÜCK:** Frischgebackene Väter können zwei Wochen daheim sein. Ohne Ferienabzug. FOTO: ISTOCK

## Ferien II: Weniger Lohn während der Urlaubstage?

Ich habe kürzlich zwei Wochen Ferien gemacht. Jetzt habe ich für den entsprechenden Monat nur die Hälfte meines Lohnes erhalten. Als ich bei der Chefin nachgefragt habe, sagte sie mir, dass mir der Ferienlohn prozentual zusammen mit dem Lohn für die geleisteten Stunden ausbezahlt worden sei. Aus dem Arbeitsvertrag und den Lohnabrechnungen geht nichts derartiges hervor. Ist die Antwort meiner Chefin korrekt?

**MARINA WYSS:** Nein. Gemäss Gesetz haben Angestellte Anspruch auf bezahlte Ferien. Solange das Arbeitsverhältnis andauert, dürfen die Ferien nicht durch Geldleistungen abgegolten werden. Von dieser Regel darf auch nicht mit anderslautenden Bestimmungen im Arbeitsvertrag oder im Gesamtarbeitsvertrag abgewichen werden. Dies, weil sich die Mitarbeitenden in den Ferien erhalten sollen. Das Bundesgericht hat bei unregelmässiger Teilzeitbeschäftigung Ausnahmen zugelassen, allerdings nur unter strengen Voraussetzungen. Da Sie offenbar nach geleisteten Stunden bezahlt werden, könnte es nun zwar sein, dass Sie einer unregelmässigen Beschäftigung nachgehen. Trotzdem müsste in diesem Fall der prozentuale Lohnanteil, der für die Ferien bestimmt ist, im Arbeitsvertrag klar ausgewiesen sein. Auch aus den Lohnabrechnungen sollte hervorgehen, welcher Lohnanteil für die Ferien bestimmt ist. Im Idealfall behält die Arbeitgeberin den Ferienlohn zurück und zahlt diesen erst dann aus, wenn die Ferien tatsächlich gemacht werden.

## Neben- und Ferienjobs: Wie Teenies ihr Sackgeld aufbessern können – und worauf Eltern achten sollten

# Mama, ich geh jetzt arbeiten!

**Für Teenies sind Nebenjobs eine gute Sache, um erste Erfahrungen mit «eigenem» Geld zu machen. Doch: Welche Arbeit dürfen Jugendliche verrichten? Wie viel Lohn ist angemessen? Tipps und Tricks, wenn die Arbeitswelt ruft.**

MARIA KÜNZLI

Max (14) ist genervt: Das monatliche Sackgeld, das er von seinen Eltern bekommt, reicht hinten und vorne nicht. Handy, Kleider, Kino, Snacks... da läppert sich ganz schön etwas zusammen. Doch Mama und Papa stellen sich quer – mehr gibt's nicht. Also beschliesst Max, sich einen Schülerjob zu suchen. Eine super Idee! Sofern folgende Punkte berücksichtigt werden:

• **Genug Zeit für Hobbies und Erholung.** Ein Ferien- oder Nebenjob kann für Jugendliche eine gute Gelegenheit sein, verschiedene Berufswelten kennenzulernen, erste Erfahrungen zu sammeln und sich über ihr erstes selbstver-

richten. Vorher sind nur kleinere Jobs innerhalb der Familie oder für Bekannte erlaubt. Zum Beispiel Rasen mähen oder Fenster putzen.

• **Nur leichte Arbeiten erlaubt.** Mit leichten Arbeiten sind Tätigkeiten gemeint, die sich zeitlich mit der Schule gut vertragen und weder die Gesundheit noch die persönliche und schulische Entwicklung negativ beeinflussen. Darunter fallen Ferienjobs, kleinere Erledigungen und Schnupperlehren. Das kann spazierengehen mit Nachbars Pudel sein oder Pralinés abfüllen in der Dorfkonditorei.

Leichte Arbeit unterscheidet sich von «normaler» vor allem in Arbeitszeit und Häufigkeit. Es liegt in der Verantwortung der Eltern und des Arbeitgebers, abzuschätzen, ob die Arbeit eine Überforderung darstelle.

**Spätestens um 18 Uhr ist Feierabend. Auch in der Schnupperlehre.**

dientes Geld zu freuen. Allerdings muss genügend Zeit für Hobbies und Erholung bleiben.

Konkret heisst das: Während der Schulzeit darf höchstens drei Stunden pro Tag und neun Stunden pro Woche gearbeitet werden. Auch die Ferien durchzuarbeiten ist zum Schutz der Jugendlichen verboten. Sie dürfen nur die Hälfte der Schulferien und höchstens acht Stunden pro Tag arbeiten. Der Arbeitsbeginn darf zudem nicht vor 6 Uhr morgens sein, und Feierabend ist spätestens um 18 Uhr. Das gilt übrigens auch für Schnupperlehren (siehe «Das gilt beim Schnuppern»).

• **Der richtige Job fürs richtige Alter.** Gemäss Arbeitsgesetz gilt: Ab 15 Jahren dürfen Jugendliche offiziell angestellt sein – sofern die obligatorische Schulzeit abgeschlossen ist oder die Schule nicht tangiert wird. Ab 13 Jahren dürfen Teenies leichte Arbeiten ver-

• **Auch Junge gehören fair bezahlt.** Der Stundenlohn variiert je nach Job, Alter, Aufgabenbereich und Branche. Für 13jährige ist ein Stundenlohn von etwa 12 bis 14 Franken üblich. Für 14jährige liegt der Lohn bei 13 bis 15 Franken und für 15jährige bei ungefähr 14 bis 16 Franken pro Stunde.

• **(Noch) kein AHV-Ausweis nötig.** Einen AHV-Ausweis brauchen Jugendliche für Ferien- und Nebenjobs nicht. Die Beitragspflicht beginnt frühestens mit 18 Jahren. Sie sind also nicht AHV-versichert und erhalten infolgedessen keinen AHV-Ausweis.

### VERBOTENE ARBEITEN

Jugendliche unter 18 Jahren dürfen in Nachtclubs, Discos und Bars keine Gäste bedienen. In Restaurants und Cafés liegt die Altersgrenze bei 16 Jahren – es sei denn, der oder die Jugendliche absolviert in diesem Bereich eine Lehre oder ein Schnupperprakti-



### WORKTIPP

#### WIE VIEL SACKGELD?

Sind Sie unsicher, wie viel Sackgeld für Ihre 13jährige Tochter oder den 8jährigen Sohn angemessen ist? Auf der Website der Pro Juventute ([projuventute.ch](http://projuventute.ch)) finden sich nützliche Informationen für Eltern und Kinder rund ums Thema Geld. Die Seite bietet praktische Tipps, Erklärvideos für die ganze Familie sowie eine Sackgeld-Tabelle mit Empfehlungen und Richtlinien je nach Alter. Dabei wird aber betont: Die Höhe des Sackgeldes hängt in erster Linie von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern ab. (mk)

**NICHT ZU KLEIN, UM HANDWERKER ZU SEIN:** In der Werkstatt etwas dazuverdienen ist für

**Mit gefährlichem Werkzeug hantieren dürfen sie zwar nicht, aber mit kleinen Arbeiten SchülerInnen und Schüler kein Problem.** FOTO: ISTOCK

schung (WBF) festgelegt. Darunter fallen etwa Arbeiten mit gesundheitsgefährdenden Chemikalien oder hohem Unfallrisiko ([rebrand.ly/verbotene-arbeiten](http://rebrand.ly/verbotene-arbeiten)).

### CHEFS IN DER PFLICHT

Das die Jugendlichen in ihrem Nebenjob nicht überanstrengt oder überfordert werden, dafür haben der Arbeitgeber oder die Auftraggeberin zu sorgen. Ausserdem sind sie dafür verantwortlich, dass die jungen Helferinnen und Helfer sorgfältig eingearbeitet und begleitet werden und keinen Gefahren ausgesetzt sind.

Die Chefinnen und Chefs sind verpflichtet, die Eltern oder

die gesetzlichen Vertreter über die Arbeitsbedingungen, mögliche Gefahren sowie Unfälle, die während der Arbeit passiert sind, zu informieren. A propos Unfälle: SchülerInnen und Schüler sind gegen berufliche Unfälle versichert. Wenn sie mehr als acht Stunden pro Woche für den gleichen Arbeitgeber tätig sind, sind sie über diesen auch bei Nichtberufsunfällen versichert.

Sollten die Eltern das Gefühl haben, ihre Tochter oder ihr Sohn sei überfordert mit einem Nebenjob, können sie dem Nachwuchs das Jobben schlimmstenfalls verbieten. Im Rahmen ihrer elterlichen Sorge haben sie das Recht,

dies zu tun, wenn das Wohl des Kindes gefährdet wird.

### DAS GILT BEIM SCHNUPPERN

Ab 13 Jahren dürfen Jugendliche sogenannte Schnupperlehren absolvieren, um einen bestimmten Beruf in der Praxis kennenzulernen. Da gilt in Sachen Arbeitszeit das gleiche wie bei den Nebenjobs: höchstens acht Stunden pro Tag und nicht mehr als 40 Stunden pro Woche. Eine Schnupperlehre darf nicht länger als zwei Wochen dauern. Ist bei einer Firma das Schnuppern nur während der Schulzeit möglich, braucht es in der Regel eine Bewilligung der Schule.

JOBBÖRSEN & CO.

## SUCHEN BIS GEFUNDEN

Eltern und Kind sind sich einig: ein Nebenjob nach der Schule wäre eine gute Sache. Doch wie findet man die passende Aufgabe? Zuerst einmal ist es sinnvoll, sich im Freundes- und Bekanntenkreis sowie in der Nachbarschaft umzuhören: Die ältere Dame im Parterre wäre vielleicht froh um eine regelmässige Einkaufshilfe. Oder die jungen Eltern von nebenan könnten einen Babysitter gut gebrauchen.

**APP Hilft.** Findet sich auf diesem Weg kein gutes «Jöbbli», sind Jugendjobbörsen eine gute Adresse. Unter [jobs4teens.ch](http://jobs4teens.ch) können sich Schülerinnen und Schüler registrieren und über eine App die nächstgelegene Jobbörse finden. Diese vermittelt Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren an Firmen und Privats, die einen Auftrag zu vergeben haben. Das sind entweder einmalige Jobs, die von Woche zu Woche vergeben werden, oder dauerhafte Nebenjobs. Einige Jobbörsen vermitteln auch Schnupperplätze. Daneben coachen sie die Schülerinnen und Schüler, geben Tipps fürs Jobben und achten darauf, dass die Arbeitsbedingungen dem Jugendarbeitsschutz entsprechen. (mk)

## saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

## So löschen Sie Ihre Daten – aber sicher!

Wenn Sie Ihren Windows-PC verkaufen oder entsorgen wollen, sollten Sie zuvor alle persönlichen Dateien löschen. Wenn Sie die Dateien aber nur in den Papierkorb verschieben und diesen leeren, müssen Sie wissen: Die Daten sind dann noch immer auf dem PC und lassen sich mit Spezialsoftware in der Regel problemlos wiederherstellen. So sorgen Sie dafür, dass Ihre Daten nicht mehr abrufbar sind:



**WEG DAMIT, UND ZWAR RICHTIG:** Die Dateien auf dem PC nur in den Papierkorb zu ziehen reicht nicht. FOTO: DREAMSTIME

• **Speichern Sie alle wichtigen Dateien auf eine externe Festplatte, so dass Sie keine Dokumente und Bilder löschen, die Sie später noch brauchen.**

• **Gehen Sie in den Einstellungen zu «Update & Sicherheit» und wählen Sie «Wiederherstellung».**

• **Im neuen Fenster «Diesen PC zurücksetzen»** klicken Sie auf «Los geht's». Danach auf «Alles entfernen» und den Punkt «Lokale Neuinstallation» anwählen.

• **Jetzt klicken Sie auf «Einstellungen ändern»** und auf den Schalter bei «Daten löschen?», so dass dort «Ja» steht. Nach dem Bestätigen wird Windows in den Ursprungszustand zurückgesetzt. Das kann längere Zeit dauern.

**KLEINER HELFER.** Wenn der Prozess abgeschlossen ist, installieren Sie die kostenlose Software CCleaner ([saldoch.ch/ccleaner](http://saldoch.ch/ccleaner)). Das Programm will nach dem Öffnen eine weitere Software installieren. Das sollten Sie ablehnen.

• **Haben Sie den CCleaner geöffnet, klicken Sie links auf «Extras»,** dann auf «Festplatten Wiper». Stellen Sie sicher, dass hier «Nur freien Speicher» und «Erweitertes Überschreiben (3x)» eingestellt sind.

• **Danach klicken Sie auf «Löschen».** Ist eine SSD-Festplatte eingebaut, reklamiert der CCleaner. Zu Recht, denn dann sollten Sie ihn nicht verwenden und abbrechen.

• **Zuletzt sollten Sie in den Windows-Einstellungen nach «Optimieren» suchen.** Klicken Sie dann auf «Laufwerke defragmentieren und optimieren» und wählen Sie «Optimieren». Lassen Sie den PC nun noch ein bis zwei Stunden eingeschaltet. Danach sind Sie am Ziel! MARC MAIR-NOACK

**Wird der PC verkauft oder entsorgt, sollten unbedingt alle Daten entfernt werden.**

## So schiessen Sie ein perfektes Posen, lächeln –

## Selfie und klick!



**GEWUSST, WIE:** Wer die Kameralinse fürs Selfie leicht oberhalb der Augen plziert, bekommt die besten Resultate. FOTO: ADOBE STOCK

**Schnell noch ein Selfie aus den Ferien oder fürs neue Profilbild schiessen: work zeigt, wie Sie den passenden Winkel finden – und welche Fehler Sie besser vermeiden sollten.**

DARIJA KNEŽEVIĆ

Mit den kleinen Computern, die wir täglich in unseren Hosentaschen herumtragen, sind die Möglichkeiten fast unbegrenzt. Vor allem auch, was das Fotografieren angeht. Besonders Selfies sind aus unserem Alltag kaum mehr wegzudenken.

Mit diesen einfachen Tipps werden Ihre Selfies in Zukunft noch besser.

**1. Das Gesicht im Mittelpunkt.** Zeigen Sie sich! Auf dem Selfie ist es wichtig, dass der ganze

Kopf zu sehen ist. Vom Haaransatz bis zum Kinn und mehr. Beim Drücken des Auslösers sollten Sie deshalb auch den Arm ausstrecken, damit er auf dem Bild nicht mit drauf ist. Denn Ihr Gesicht spielt die Hauptrolle im Foto. Etwas Hintergrund, Schultern oder Himmel über dem Kopf zeigen ist in Ordnung. Aber Ihr Kopf sollte etwa zwei Drittel des Fotos ausmachen.

**2. Das richtige Licht finden.** Damit das Gesicht gut zu sehen ist, sind die Lichtverhältnisse entscheidend. Das Licht darf nie im Rücken sein. Wer draussen Selfies schießt, sollte dabei auch nicht direkt in die Sonne schauen. Schliesslich sollen Ihre Augen nicht zugedrückt, sondern schön sichtbar sein.

Am besten eignen sich draussen die Lichtverhältnisse an einem schattigen Platz. Drinnen können Sie vor dem Fenster oder vor einem hellen Licht das Beste aus den Schnappschüssen rausholen.

**3. Fiese Schatten vermeiden.** Wo Licht ist, ist auch Schatten. Damit der Schatten richtig fällt, können Sie die Linse so platzieren, dass Sie von oben fotografiert. Etwa fünf Zentimeter über der Augenhöhe. So verhindern Sie zum Beispiel dunkle Augenringe, die gar nicht existieren. Deshalb ist auch hier der ausgestreckte Arm die richtige Selfie-Position.

Wichtig: Fotografieren Sie sich nicht von unten, das beschert Ihnen ein unschönes Doppelkinn!

**4. Den richtigen Gesichtsausdruck wählen.** Licht und Pose sitzen? Dann fehlt jetzt nur noch der richtige Gesichtsausdruck. Ein schlichtes Lächeln, etwas Zähne zeigen oder doch ganz ernst in die Linse schauen? Das kommt ganz drauf an, was der Anlass für das Selfie ist. Sogar der Kussmund – das sogenannte Duckface – kann passend sein. Zum Beispiel für einen netten Gruss für die Grossmutter. Wichtig beim Gesichtsausdruck ist aber vor allem, dass Sie sich nicht verstellen und sich damit wohl fühlen.

### SPARSAM BEARBEITEN

Klick – das perfekte Selfie ist geboren! Wer es für seine oder ihre Social-Media-Kanäle nutzen will, wird vor dem Posten mit bunten, glitzernden Filtern

zum Bearbeiten gelockt. Aber Achtung: Diese Filter sind mit Vorsicht zu geniessen! Sie können durchaus Ihr Selfie in Schwarzweiss tauchen, um ihm einen Retro-Touch zu verleihen, oder die Helligkeit des Fotos etwas anpassen, um das Selfie zu optimieren. Aber zu knallige und verändernde Filter können schnell unnatürlich oder unprofessionell wirken.

A propos professionell: Wer sich bewerben will, sollte besser kein Selfie verwenden. Am besten lässt man sich vor einem neutralen Hintergrund fotografieren. Dazu braucht es aber nicht unbedingt den Gang zur professionellen Fotografin. Die Kamera neuerer Smartphones schiessen mit dem richtigen Licht genug gute Bilder für den Lebenslauf.

FOTO-TIPP

### ANALOGE STIMMUNG

Die Smartphone-Kameras sind mittlerweile so gut, dass sie für Laien durchaus einen Fotoapparat ersetzen können. Doch auch hier sind die Lichtverhältnisse das A und O. Fotos knipsen von einer Familienfeier, aber das Licht stimmt nicht? Nutzen Sie wieder mal den Blitz. Das lässt alle Menschen auf dem Foto hell erleuchten und verleiht zusätzlich die Stimmung einer analogen Filmkamera. Setzen Sie den Blitz eher zurückhaltend ein. Bei Museumsbesuchen oder Konzerten sollten Sie ihn besser weglassen. (dak)

## Wenn wohnen plötzlich teurer wird Rechnen Sie nach!

**Sollten Sie plötzlich mehr Miete bezahlen? Mit dem Mietzinsrechner des MieterInnen- und Mieterverbands lässt sich prüfen, ob das gerechtfertigt sei.**

Sie gehört zu jener Art Post, die wir nicht gerne erhalten: die Mietzinshöhung. Ob sie gerechtfertigt sei, kann der Laie in der Regel nur schwer beurteilen. Mit dem Resultat, dass er sie zähneknirschend akzeptiert. Das muss nicht sein.

Gibt die Vermieterin als Grund für die Mieterhöhung den gestiegenen Referenzzinssatz, Teuerung oder gestiegene Unterhalts- und Betriebskosten (allgemeine Kostensteigerung) an, lässt sich auf der Website des MieterInnen- und Mieterverbands ([rebrand.ly/mietrechner](http://rebrand.ly/mietrechner)) überprüfen, ob die Mieterhöhung rechtmässig sei. Einfach

ein paar Fragen beantworten, und schon bekommen Sie eine automatisierte Einschätzung. Bei Bedarf gibt's per Mail weitere Ausführungen dazu, ob die Mietzinshöhung im zulässigen Bereich liege oder nicht.

**FRIST BEACHTEN.** Falls die Erhöhung tatsächlich nicht gerechtfertigt ist, bietet die Website al

**Nicht jede Mietzins-erhöhung ist erlaubt. Prüfen lohnt sich!**

len Mietenden weiterführende Informationen und Tipps, wie sie die Erhöhung anfechten können. Wichtig zu wissen: Eine Mietzinshöhung kann nur innerhalb einer Frist von 30 Tagen angefochten und von der Schlichtungsbehörde geprüft werden. (mk)

# workrätsel

## Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina in Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 4  
Das Lösungswort lautete: GLEICHHEIT



Gewässer in Bayern	↘	↘	Strom durch Frankreich	verehrtes Vorbild	daheim	↘	↘	Zahl der Kegel beim Kegeln	gasförmig, chem. Element	modern, populär	Prüfungen, Stichproben	↘	geistesgestört, konfus	↘	ugs.: Stadtpräsident	von geistiger Bedeutung	hin und ...	Doppelkonsonant	
Schweiz. Schlagersängerin	→							Salz der Zitronensäure	→						persönl. Fürwort (1. Fall)	→			
ital. Tonbez. für das E	→		Marderart		Glucken, Hennen	→							Salz der Ölsäure		best. Artikel (1. Fall)	→			
Präsident der Republik Türkei	→							Bankbegriff Mz.		einer der Beatles (Ringo)		Göttergabe	→				13		kirchenrechtl. Norm
↘					öster. Bundesland	↘		CH-Frauenrechtlerin † (Marthe)	→						Punkte auf dem Würfel	→		Indizien	
Grundstück, Gelände	→	Möbelstück		Oberbekleidung Mz.								Wintersportgeräte		...Krawall 1977 in Biel	→				1
Völkergruppe	→							Kriminalpolizei (Kw.)		Norm, Vorschrift		runde Stützen	→						
↘				alleinig. Anspruch, Vorrecht		fehlerfrei, richtig	→							Orgie	→		Frage nach e. Ort		
Grundnahrungsmittel	→	derartige		stabiles Stampfgefäß	→							Verse schmieden		überreichen, verteilen	→				10
Wintersportort i. Kt. GR	→					Massbandeinteilung		kanad. Nationalbaum			Nieder-schlag	→					islam. Name für Gott		optisch wahrnehmen
↘				Hundeschwanz		nicht jetzt, nachher	→							Tätigkeitswort	→		hohe Spielkarte		
brutal, gefühllos	→	Salat- und Gemüse-pflanze	→								3./4. Fall von wir	→	... de Joux; Geburtsort des Frauenstreiks	→					11
kühner Handstreich	→					Initialen e. frz. Filmidols der 60er		ugs.: sowieso		unnötig lange Strecke	→					Zürcher Fussballclub		frz. Artikel	
Freizeitanlage	→	Für einen Zacken mehr Lohn!	→										Bücher-gestelle	→					
↘										Vor-nehm-tuer	→				dt. Verkleinerungs-silbe	→			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an:  
work, Postfach, 3000 Bern 16, oder  
per E-Mail: [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch)  
Einsendeschluss 24. März 2023

INSERAT



**Bist du gleichgestellt?  
Mach den Test!**

**WORKLESERFOTO**



**Finde den Arbeiter**

**WANN** 7. März 2023  
**WO** Kreuzackerquai, Solothurn  
**WAS** Ein Baumpfleger bei seiner Arbeit in den eindrücklich grossen Baumkronen  
 Eingesandt von Jürg Scheidegger, Worb BE

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
 Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»

**WORKPOST**



**WORK 4 / 3.3.2023: IM UHREN-JURA LIEGT FRAUENSTREIK IN DER LUFT**

**Gschämig!**

Unfassbar, dass dies im Jahr 2023 überhaupt noch diskutiert werden muss ... und jetzt, wo alles teurer wird, ist das erst recht geschämig!  
 EVELINE STALDER, VIA FACEBOOK

**Aktiv werden**

Jede sollte selbst am Arbeitsort aktiv werden für eine Veränderung!  
 FRANZISKA GABRIELA, VIA FACEBOOK

**WORK 4 / 3.3.2023: WIDERSPENSTIGE DAMEN**

**Spitze in den Wahlkampf!**

8. März und 14. Juni tönt's von überall, und ich stehe voll dahinter. Aber Gesetze werden in Bern von älteren und schwerhörigen Männern «gemacht» und anschliessend nach Lust und Laune (und immer im Einklang mit der Wirtschaft!) umgesetzt. Auch im Bundesrat

verfügen die bürgerlichen Männer mit der kaltherzig neoliberalen KKS über eine Mehrheit. Es gilt also, die Verhältnisse in allen Parlamenten und Regierungen so rasch als möglich zu ändern, denn beim Status quo nützt kein vierter und fünfter Frauenstreik.  
 Zwei spitze Mittel helfen:

- Frauen wählen Frauen und
- Stimm- und Wahlrechtsalter 16 müssen endlich auch von der Unia und work gepusht werden. Wo sind die entsprechenden Kampagnen?

**WORK 4 / 3.3.2023: TOBLERONE-ARBEITER URS BRUNNER: «FÜR EINEN ZACKEN MEHR LOHN!»**

**Ohne mich!**

Klar doch, die Firma nach Tschechien auslagern. Und dann noch gross Werbung machen, Made in Switzerland! Ohne mich!  
 SABINE KELLER, VIA FACEBOOK

**Gierige Chefs**

Ich habe schon gehört, dass diese Firma in Niederbottigen das

bekannte Schweizer Produkt in Zukunft im Ausland herstellen will, damit ihre Chefetage mehr im eigenen Portemonnaie hat.  
 RETO CORRADO, VIA FACEBOOK

**Namen ändern!**

Nur was in der Schweiz produziert wird, soll Toblerone heissen dürfen und auch so aussehen! Wollen sie im Ausland produzieren, dann unter anderem Namen und anderem Aussehen!  
 MARTIN BRANDEL, VIA FACEBOOK

**WORK 4 / 3.3.2023: PERSONAL-MANGEL ZWINGT ZU BESSEREN ARBEITSBEDINGUNGEN**

**(K)eine Überraschung?**

Es scheint mir eine Zeiterscheinung zu sein, dass das Mittel- und Langzeitgedächtnis vieler Zeitgenossen unterentwickelt ist. Sonst würden sie erkennen, wieso wir jetzt diese Ernte einfahren. Bei meiner beinahe fünfzigjährigen Berufslaufbahn in der Maschinen- und Metallindustrie erlebte ich diese Aussaat hautnah. Als ich 1969 meine Lehre in einem Grossbetrieb startete, war das Verhältnis Produktion zu Administration etwa  $\frac{2}{3}$  zu  $\frac{1}{3}$ . Bei meiner frühzeitig erzwungenen Pensionierung betrug das Verhältnis 15 zu 85 Prozent. Das heisst: ein immer kleinerer Teil Produktiver musste den berühmt-berüchtigten Wasserkopf alimentieren. Dieser lieferte dann prompt die Zahlen, die da lauteten, dass die Produktion in der Schweiz zu teuer sei und die Betriebe redimensio-

niert werden müssten damit diese überleben könnten. Was geschah in all den Jahrzehnten? Zertifizierungen, Controller und QR-Manager schossen wie Pilze aus dem Boden. Und die Politik verweigerte die Förderung der Ausbildung von Fachkräften, etwa im Medizin- und Pflegebereich. Es war eben günstiger, billige Arbeitskräfte aus dem Ausland zu importieren als sie selbst auszubilden. Und nun jammert die Wirtschaft über den Fachkräftemangel. Mein Vorschlag: Sollen doch die Zuberlehrlinge, die uns das ganze eingebrockt haben, selber an die Säcke und die oft geringgeschätzten Fachkräfte in systemrelevanten Bereichen auffüllen. Die fürstlichen Saläre und Boni wurden mit der grossen Verantwortung begründet. Sollen sie jetzt diese übernehmen und mit gutem Beispiel vorangehen!  
 RUEDI AMREIN, PER MAIL

**WORK 3 / 17.2.2023: ZUM TOD VON MICHAEL STÖTZEL**

**Adieu, Michael**

Danke, liebe Marie-Josée, für Deinen wunderbaren Artikel zum Tod von Michael Stötzel. Du hast so viele Facetten seiner Persönlichkeit angesprochen. Das Lesen war für mich fast wie ein Gespräch mit ihm.  
 ERNST BUCHMÜLLER, VIA WORKZEITUNG.CH

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an [work.Redaktion.Leserbriefe@workzeitung.ch](mailto:work.Redaktion.Leserbriefe@workzeitung.ch), Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16

**VULPIN**



Für Malerin **Stephanie Wegmann** (44) sind weisse Wände die Ausnahme

# «Dreckige Farben sind besser als reine»

**Vor vier Jahren war der Frauenstreik für Stephanie Wegmann noch kein Thema. Jetzt aber schon! Die Malerin sagt, was sich geändert habe – und warum sie ihre Küche trotzdem nicht schwarz streiche.**

CHRISTIAN EGG | FOTOS MICHAEL SCHOCH

Farben, das sei ein total emotionales Thema, sagt Stephanie Wegmann: «Das kann fast einen Ehekrach auslösen!» Zum Beispiel: Die Frau will unbedingt eine violette Wand, der Mann auf gar keinen Fall. Da ist die 44-jährige gefordert. Als gelernte Malerin, diplomierte Farbgestalterin – und vor allem als leidenschaftliche Handwerkerin.

work trifft sie in ihrer Werkstatt im Oltner Industriegebiet. Seit sieben Jahren ist Unia-Mitglied Wegmann als Selbständige unterwegs. Was sie an ihrer Arbeit besonders reizt, sei die grosse Abwechslung. «Es ist nicht immer «Menu eins». Ich liebe es, aus etwas Gegebenem das Beste herauszuholen.» Etwa, wenn in einem Wohnzimmer ein schönes Sofa steht. Dann hilft die Berufsfrau dabei, die passende Farbe für Wände, Decke oder Boden zu finden. Oft zückt sie dafür das Handy und macht Fotos vom Raum. Dann testet Wegmann am Computer die Farben aus und kann ihren Kundinnen und Kunden so – noch bevor der erste Pinselstrich gemacht ist – erste Resultate vorführen.

**SCHABLONEN.** Auf Weiss fällt die Wahl dabei selten. Die Malerin arbeitet meist für Kundinnen und Kunden, die etwas Spezielles wollen. Dazu gehören auch Tapeten mit aufgedruckten Pflanzen oder Zeppelinen sowie Schablonenmuster. «Das ist eine Spezialität von mir», sagt Wegmann. Steht auf und öffnet Schubladen mit zig Plasticfolien, in die verschnörkelte Ornamente oder Blumenmuster gestanzt sind. Was eher unspektakulär aussieht, hat hierzulande tatsächlich grossen Seltenheitswert: «Die kann man bei uns nicht kaufen», sagt Wegmann über ihre Schablone sammlung. Sie bestellt sie aus den USA oder stellt sie selber her. Die Anwendung selbst sei dann keine Hexerei mehr: «Mit dem Pinsel oder dem Roller drüber, entweder einmal oder die ganze Wand voll. Das geht schnell und ist nicht extrem teuer. Und doch hast du eine Wand, die einzigartig ist.»

Doch wie verhindert sie jetzt den Ehekrach bei der Farbwahl? Etwa, indem sie zu weniger knalligen Farben rate. Oft höre sie Sätze wie: «Ich liebe Hellblau, so soll die Wand aussehen.» Dann warne sie. Denn an der Wand wirke eine reine Farbe viel greller als auf einem T-Shirt. «Das erschlägt dich. Besser sind zurückhaltende, weniger kräftige Töne. Oder wie wir sagen: dreckige Farben.»

Eine Lieblingsfarbe habe sie selber nicht. Aber eine Vorliebe für dunkle Farben, am liebsten mit einer samtigen Oberfläche – das gebe eine phänomenale Raumwirkung. Es sei ein Märchen, dass ein Raum dadurch kleiner wirke. «Im Gegenteil! Eine dunkle Farbe lässt die Wand als Grenze verschwinden und gibt den Eindruck von Distanz.»

Und das funktioniert immer? Die Malerin lacht und erzählt, als Test habe sie einmal ihre Küche schwarz gestrichen. Alle vier Wände und den Boden. «Da habe ich gemerkt, das ist zu viel, das geht nicht.» Jetzt ziert ein Sandton ihre Küche.

**STREIK.** Als Handwerkerin sei es für sie selbstverständlich, bei der Unia zu sein. Einen Widerspruch zu ihrer beruflichen Selbständigkeit sieht Wegmann nicht: «Ich will gut leben können von meinem Beruf. Das geht nur, wenn die Arbeit auch anständig entlohnt wird.

Und dafür braucht es eine Gewerkschaft.» Deshalb wird sie am 14. Juni auch zum Frauenstreik auf die Strasse gehen, zusammen mit anderen Malerinnen aus der Region. Für Lohngleichheit – «und um zu zeigen, dass wir nicht nur zwei, drei Frauen sind, die das wollen».

Allerdings, und jetzt wird sie etwas kleinlaut: 2019 sei der Frauenstreik noch kein Thema für sie gewesen. Denn: Ihre Mutter habe immer gearbeitet, auch als die Kinder klein waren. Und ihr Mann komme aus Ostdeutschland – für ihn sei es auch selbstverständlich, dass Frauen in der Arbeitswelt gleichberechtigt seien. «Ich dachte, was für mich normal ist, gilt für alle anderen auch. Bis ich auf den sozialen Medien diese Typen sah, die total

frauenfeindliche Sprüche von sich geben – und dafür noch Applaus bekamen. Das hat mich ziemlich schockiert.»

**NETZWERK.** Seither ist für die Malerin klar: Sie will zeigen, dass es viele starke Frauen gibt. Frauen, die ihren eigenen Weg gehen und zum Beispiel eine Firma leiten – gerade im Handwerk. Und davon gibt es so einige: Sie selbst ist Teil eines selbstorganisierten Netzwerks von Malerinnen, die sich gegenseitig aushelfen. Hat eine einen grossen Auftrag, fragt sie die anderen, wer mithelfen möchte – als Freelancerin. Das funktioniere extrem gut, sagt Wegmann. Fast die Hälfte der Zeit arbeite sie dadurch mit der einen oder anderen Kollegin zusammen. «Das gibt Abwechslung, und

dank dem Netzwerk kann ich auch grössere Projekte übernehmen.»

Das grösste Projekt erwartet Wegmann allerdings zu Hause: Vor fünf Jahren hat sie zusammen mit ihrem Mann ein Haus gekauft. «Eine ganz alte Hütte, sehr klein und sehr verlottert.» Seither sei sie am Umbauen, «wie es Handwerkerinnen halt so machen», sagt sie und lacht. Im ersten Jahr hätten sie im Keller gewohnt, der Rest des Hauses sei eine einzige Baustelle gewesen. Jetzt gerade sei die Dusche dran. Und auch der ganz grosse Traum nehme langsam Gestalt an: das alte Giabeldach abreißen, den Dachstock vergrössern – «und obendrauf ein Flachdach, bewachsen mit einer Biodiversitäts-Wiese». Die Pläne dafür hat sie schon mal zeichnen lassen.



## STEPHANIE WEGMANN IMMER AUF DRAHT

So sieben bis maximal zehn Jahre, sagt Stephanie Wegmann. «Dann wird mir ein Job langweilig, und ich muss etwas anderes machen.» Nach der Malerinnenlehre im Zürcher Unterland und zehn Jahren im Beruf machte sie die Handelsschule und arbeitete dann in einem Bürojob. Wieder acht, neun Jahre später zügelte Wegmann für ein Praktikum nach Olten, verliebte sich in ihren heutigen Mann, einen Lastwagenfahrer, und blieb. Beruflich ging's weiter mit dem dreijährigen Lehrgang Farbgestaltung, seither ist sie selbständig. Ihr Ziel sei es, übers Jahr rund 60 Prozent zu arbeiten. Dafür zahlt sich die Malerin 2500 Franken im Monat aus: «Das reicht für den Alltag, der Rest bleibt in der Firma. Das brauchen wir dann für Ferien oder fürs Haus.»

**EIGENER SHOP.** Und Wegmann plant bereits den nächsten Schritt: «Sieben Jahre sind durch. Jetzt möchte ich einen Laden für Schablonen aufbauen.» Einen Hersteller hat sie schon kontaktiert, an einem Webshop arbeitet sie ebenfalls.

**PINSEL UND SCHABLONEN:** Bei Malerin Wegmann gibt's nicht immer «Menu eins», sondern Malerinnenarbeiten mit Blumenmustern und feinen Ornamenten.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) E-Mail Redaktion [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) Internet [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), [annesophie.zbinden@workzeitung.ch](mailto:annesophie.zbinden@workzeitung.ch); Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), [jonaskomposch@workzeitung.ch](mailto:jonaskomposch@workzeitung.ch); Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), [patriciadincau@workzeitung.ch](mailto:patriciadincau@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Darja Knežević, [darijaknezevic@workzeitung.ch](mailto:darijaknezevic@workzeitung.ch) Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fahrni, Laura Gonzalez, Sandra Künzi, Maria Künzli, Daniel Lampart, Clemens Studer, Jean Ziegler Gestaltung/Layout Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Silvia Aeschbach, [silviaaeschbach@workzeitung.ch](mailto:silviaaeschbach@workzeitung.ch) Korrektorat Urs Remund, [ursremund@workzeitung.ch](mailto:ursremund@workzeitung.ch); Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), [fabienne.jallily@workzeitung.ch](mailto:fabienne.jallily@workzeitung.ch) Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch) Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) Auflage 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.